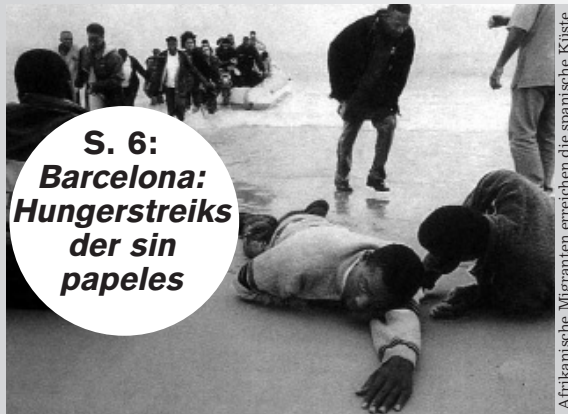


Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

S. 3: Die Münchner Sicherheitskonferenz: USA, Europa und Russland – Die neue US-Strategie



**S. 6:
Barcelona:
Hungerstreiks
der sin
papeles**

S. 13: Köln: Aktionsprogramm gegen Rechts mit Ausgrenzungsversuchen gegen Links

S. 15: Thüringen: Demontage des Personalverwertungsrechts



**S. 19
Ulla Jelpke
zurück aus
Südkurdistan**



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider; GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

POSTRAUB. Gegen scharfen Protest der Wirtschaftsverbände hat Bundeswirtschaftsminister Müller erklärt, das Postgesetz zu ändern und das Teilmonopol der Deutschen Post AG bei der Briefbeförderung über das Jahr 2002 hinaus zu verlängern. Eine Portosenkung um DM 0,10 pro Standardbrief würde 1 Mrd. an „Kaufkraftgewinn“ erbringen, so z.B. der DIHT, und die Verlängerung des Monopols verschenke „Arbeitsplatzpotenzial“ im Mittelstandsbereich. Tatsächlich hat die bisherige Liberalisierung für die Postbeschäftigten wie für die privaten Postkunden ausschließlich negative Folgen gehabt. Die Dienstleistungen der Post wurden einerseits teurer und andererseits erheblich eingeschränkt. So wurde das Filialnetz der Post in unerträglichem Maße ausgedünnt. Katastrophale Folgen hatte die Liberalisierung vor allem für die Postbeschäftigten. Seit 1990 wurden 150 000 Arbeitsplätze abgebaut. Die im Vergleich dazu wenigen neu entstehenden Arbeitsplätze bei den Postkonkurrenten können diesen Abbau nicht kompensieren. Zudem entsprechen sie durchweg nicht den bei der Post bis heute üblichen sozialen Standards in Sachen Lohnhöhe, Urlaub, Kündigungsschutz und anderen Arbeitsbedingungen. Dabei hat auch die Post selbst die Liberalisierung dazu genutzt, ein ganzes Geflecht von Subunternehmen zu etablieren, die mit Scheinselbstständigen und anderen prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Seit Beginn 2001 schlägt der Lohnraub im Interesse des Aktienkurses auch bei der Post selbst voll durch. Die bisherigen Tarife gelten nur noch für Beschäftigte, die bereits im vergangenen Jahr einen Anstellungsvertrag hatten. Alle neu Eingestellten treffen Lohnabschläge zwischen 7 und 29%. Das Postgesetz fordert das Gegenteil: Die Konkurrenten sollen die geltenden sozialen Standards der DP übernehmen. (Nach PE DIHT und PE PDS-Bundestagsfraktion)

VERZÖGERUNGEN OHNE ENDE. Nach wie vor liegen der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft bisher nur Zusagen über gut 3,6 statt der aufzubringenden 5 Mrd. DM vor. Nach wie vor lässt die deutsche Wirtschaft nichts unversucht, die Zahlungen weiter hinauszuzögern. Voraussichtlich am 28.2. wird über die dritte und letzte vorliegende alte Sammelklage in den USA befunden, wird sie abgewiesen, würden die Entschädigungszahlungen nach dem Entschädigungsgesetz fällig. Doch nun hat der Chefjurist der Deutschen Bank ein Gutachten erstellt, demzufolge die deutsche Wirtschaft „Rechtssicherheit“ erst dann hergestellt sieht, wenn alle Klagen gegen deutsche Firmen in den USA abgewiesen sind. Damit kann jede Klage irgendwo von irgendwem gegen deutsche Firmen zum Vorwand genommen werden, die Entschädigung immer noch einmal wei-

ter hinauszuzögern. Außerdem maß sie sich an, selbst feststellen zu wollen, ob Rechtssicherheit besteht. Das ist unfreudig, denn diese Feststellung ist einzig und allein Sache des Bundestages. – Inzwischen mehrten sich die Proteste der Betroffenen. Der Verband tschechischer Zwangsarbeiter hat in einem Schreiben an Schröder um Klärung gebeten. In Tschechien rechnet man mit ca. 80 000 Anträgen. Offiziellen Angaben zufolge sterben jeden Tag ca. 15 frühere Zwangsarbeiter. Der polnische Außenminister, der im KZ Auschwitz interniert war, äußerte öffentlich seine Beunruhigung über die Verzögerung. Hier will die Stiftung „Deutsch-Polnische Aussöhnung“ den ältesten Zwangsarbeitern eine erste Abschlagssumme in Höhe von 700 DM auszahlen. Das hatte zunächst Widerstand der Opferverbände ausgelöst, die sich an die Politik der Kleckerbeträge und Almosen erinnern wollten – Anfang der 90er-Jahre hatte die Stiftung für lange KZ-Haft oder Zwangsarbeit Beträge zwischen 500 und 1.000 DM gezahlt.

KONTRAPRODUKTIV. Der Paritätische Wohlfahrtsverband begrüßt einerseits, dass im Rahmen der Rentenreform eine Grundsicherung beschlossen wurde. Derzeit erhielten 175.000 ältere Menschen Hilfe zum Lebensunterhalt, nach Schätzungen des Paritätischen machten aber bis zu 350.000 ältere Menschen ihre Ansprüche nicht geltend, aus Scham oder weil sie befürchten, dass ihre Kinder gezwungen werden, ihre finanziellen Verhältnissen offen zu legen und ihre Eltern ggfs. zu unterstützen. Das gute Ziel der Grundsicherung strebe Riester jedoch mit kontraproduktiven Mitteln an: Viele alte oder erwerbsunfähige behinderte Menschen, die mit Angehörigen in einem Haushalt leben, werden in vielen Fällen von der Grundsicherung ausgeschlossen, das Zusammenleben mit alten und behinderten Menschen werde also bestraft. Außerdem kritisiert der Paritätische die Grundsicherung in Höhe von 115% des Sozialhilfe-Regelsatzes – also rund 620 DM plus Miete – als zu niedrig. Er fordert einen Mindest-Grundsicherungsbetrag von 120%. Ob der ausreicht?

„ORDINÄRER ANGRIFFSKRIEG.“ Der CDU-Politiker und frühere Vizepräsident des Parlamentarischen Rates der OSZE Willi Wimmer hat Fischer und Scharping neuerlich vorgeworfen, die deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg durch Manipulation der Öffentlichkeit ermöglicht zu haben. Der Kosovo-Krieg sei wie der Erste und der Zweite Weltkrieg ein „ordinärer Angriffskrieg“ gewesen. Vorausgegangen war die Ausstrahlung der Dokumentation „Es begann mit einer Lüge – Deutschlands Weg in den Kosovo-Krieg“ in der ARD (der vollständige Text der Sendung ist unter www.wdr.de/online/news/kosovoluege/ als pdf-Datei zu erhalten).

Die Münchner Sicherheitskonferenz: die USA, Europa und Russland

Die neue US-Strategie

Nicht alles, was Bush im Wahlkampf angekündigt, wird er einhalten. Aber unausweichlich für die neue Administration im Weißen Haus ist die Entscheidung, ein „National Missile Defense System“ (NMD) zu errichten. Wenn Clinton während seiner Amtszeit noch halbherzig an diese Pläne heranging und die Entscheidung über dieses System schließlich seinem Nachfolger George W. Bush überließ, steht für diesen fest: Die USA benötigen zum Schutz vor möglichen Anschlägen seitens sog. „Schurkenstaaten“, terroristischer Organisationen oder vor „zufälligen“ Raketenabschüssen ein undurchlässiges „Verteidigungsschild“, um angreifende Objekte rechtzeitig unschädlich machen zu können.

Bush setzt eine radikale Änderung der US-Militärstrategie durch. Sie geht von der Überlegung aus, dass die USA als einzige Supermacht am Ende des Kalten Krieges übrig geblieben sind. Um mit Henry Kissinger zu sprechen: „Die amerikanische Überlegenheit hat sich in eine klare Superiorität verwandelt“, was da heißt, dass die USA die absolute Vorherrschaft ausüben und die Fähigkeit behalten, als globaler Polizist zu agieren, der Ordnung, Stabilität und den amerikanischen transnationalen Unternehmen einen „freien Markt“ garantiert. Dazu ist eine Strategie erforderlich, die die neuen Ansprüche der Supermacht „globalisiert“. Sie beinhaltet:

- das Recht auf den Erhalt der militärischen Überlegenheit;
- das Recht auf Intervention in allen Regionen der Welt, wo die „nationalen Interessen“ der USA von „Kräften des Teufels oder des Chaos bedroht“ sind;
- das Recht, die Gefahren für die globale Stabilität zu definieren.

Kernstück der neuen Strategie ist nicht mehr die Konzeption der „gegenseitigen Abschreckung“ mit einer ungefähren Gleichheit an Nuklearwaffen, sondern der Einsatz von Nuklearwaffen niedrigerer Wirkung. Ziel ist es, diese „gebrauchsfähiger“, mobiler und punktuell wirksamer zu machen, um sie gegen gegnerische Kommandozentralen, Waffensilos oder Produktionsstätten, gegen kleinere Militärverbände etc. einsetzen zu können, wobei andere Nuklearmächte nicht direkt herausgefordert werden. Nach Auffassung der Ideologen dieser Strategie sind diese Waffen „humaner“, da man mit ihnen, zum Beispiel, Silos biologischer Waffen ohne schwerwiegende Auswirkungen auf die Bevölkerung



München: Wehrkundetagung 2001: Protest entwickelt sich. „Stoppt die NATO-Kriegsverbrecher!“ war auf einem der großen Transparente zu lesen. Das war mit der Gruppe von knapp 100 Menschen, die sich vor dem Hotel Bayerischer Hof zum Protest gegen die NATO-Sicherheitskonferenz (früher: Wehrkundetagung) versammelt hatten, wohl kaum möglich.

Innerhalb weniger Tage Vorbereitung ist es zwar den Veranstaltern, dem Münchner Bündnis gegen Rassismus, der Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung, dem Munich American Peace Committee und dem Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space, gelungen, eine breite bundesweite und auch internationale Unterstützung für die Kundgebung zusammenzubekommen, aber für eine größere Mobilisierung vor Ort war die Zeit zu knapp. Immerhin ein Fortschritt – im letzten Jahr hatten sich 30 einsame Figuren auf der Straße die Füße abgefroren.

In den letzten Jahren ist diese Konferenz von der bundesdeutschen Friedens- und Antikriegsbewegung zwar vielfach im Nachhinein kommentiert worden. Diese Kundgebung könnte der Auftakt dafür sein, den Protest gegen dieses NATO-Kriegsplaner auf die Straße zu tragen und den Widerstand sichtbar zu machen. Auf Wiedersehen im nächsten Jahr vor dem Bayerischen Hof!

mlb, Corinna (Bilder auf S. 3 und 4 von der Münchner Demonstration)

vernichten kann. Diese Mini-Nuklearwaffen stellen aber nur die eine Seite der neuen Strategie dar.

Das Star-War-Programm

Ergänzt wird diese Strategie durch die neue Form des „Star-War“-Konzeptes.

Eine bestimmte Vorstellung von der Gestaltung dieses Konzeptes brachte das Ende Januar durchgeführte Stabsmanöver des Pentagon, in dem computersimuliert ein Szenario durchgespielt wurde, zum Vorschein. Anwendung fanden Antisatelliten-, strategische Antiraketen- und land- und kosmosgestützte Laserwaffen, die Objekte im kosmischen Raum zerstören. Virtueller „Feind“ war unter den Nachbarstaaten der USA auch – Russland.

Erkennbar war an der Durchführung dieses Manövers die Richtung der neuen Militärstrategie, die auf eine Militarisierung des kosmischen Raumes hinausläuft und sich eindeutig gegen den ABM-Vertrag von 1972 richtet. Nun ist zu bedenken, dass dieses „Computerspiel“ nur Tage nach dem Amtsantritt G. Bushs stattfand. Das lässt die Schlussfolgerung zu, dass die alten Strategien seines Teams wie Rumsfeld, Gen. a.D. Powell u.a. keine Zeit verlieren wollen, ihre „Sternenpläne“ zu realisieren.

Doch stehen der Realisierung dieser Plänen noch große Schwierigkeiten bevor. Sie werden vor allem in der technischen Realisierbarkeit und den Entwicklungsmöglichkeiten liegen. Nicht wenige Skeptiker meinen, dass es den Förderern der NMD-Pläne vor allem um politische Zielstellungen geht. Es werden Zweifel wach, ob sich mit Ideologie und Politik physikalische Gesetze außer Kraft setzen lassen. Noch während der Clinton-Zeit durchgeführte Versuche scheiterten oder brachten nicht die gewünschten Ergebnisse.

Die Bush-Administration ist Repräsentant der Kreise der Republikanischen Partei und des Militärs, die mit aller Macht das NMD-Programm realisieren wollen. Hinter diesen Plänen stehen handfeste wirtschaftliche Interessen der Lockheed Martin, Boeing, Raytheon, TRW u.a., die die vorab veranschlagten Ausgaben in Höhe von 240 Mrd.\$ für die nächsten 10 bis 15 Jahre im Auge haben.

Das ohnehin schon wieder erhöhte Militärbudget für 2000/2001 mit 310 Mrd.\$ (entspricht etwa 90% des Durchschnitts der Budgets während der Jahre des Kalten Krieges) wird weiter aufgebläht werden. Mit den gegenwärtig vorliegenden Daten lässt sich abschätzen, dass 2005 ein Rekordbudget von 344 Mrd.\$ erreicht

werden könnte (zum Vergleich: Militärbudget Russlands 55 Mrd.\$, Chinas 38 Mrd.\$ für das Jahr 2000).

Bush, der für 2001 eine Bestandsaufnahme vorgesehen hat, wird mit der im Wahlkampf angekündigten einseitigen Reduzierung des US-Waffenarsenals erreichen wollen, dass veraltete, technisch überholte Waffensysteme durch neue, modernisierte ersetzt werden. In der Praxis bedeutet das „einen Sprung zu einer neuen Generation von Technologie.“

Politische Antreiber des Programms sind das Center for Security Policy (Frank Gaffney, ehemaliger Mitarbeiter der Reagan-Administration), die Heritage Foundation, mit der Verteidigungsminister Rumsfeld eng verbunden ist, die Empower America, Persönlichkeiten wie Edward Teller (Betreiber des „Star War“-Programms in der Reagan-Administration) u.a. Richtungsweisend ist für diese machtvollen Gruppierung in der Republikanischen Partei die Auffassung, dass „Frieden durch Stärke und nicht durch Papiere“ gewährleistet sein muss. Damit wird dem ABM-Vertrag von 1972, der von vielen Staaten der Welt, einschließlich Russlands, Chinas, auch der BRD u.a., als Grundpfeiler der internationalen Abrüstungsabkommen betrachtet wird, ein empfindlicher, wenn nicht gar tödlicher Schlag versetzt.

Das von der US-Administration geplante NMD-System sprengt den Rahmen des ABM-Vertrages und zieht logischerweise Gegenmaßnahmen anderer Kernwaffenstaaten nach sich. Der Sinn des US-amerikanischen Systems besteht im Versuch, sich gegen jeglichen atomaren Anschlag, der mit Raketen vorgetragen wird, unverwundbar zu machen. Dabei gehen die US-Strategen gar nicht mal so sehr von der Gefahr, die ihnen von sog. „Schurkenstaaten“ droht, aus. Sie setzen vielmehr potenzielle Gefahren voraus. „Die vorrangige Raketenbedrohung der USA besteht seitens der in Russland und China vorhandenen Nuklearwaffen. (...) Die Entscheidung der Entwicklung und der Aufbau des Systems kann von dieser potenziellen Gefahr und ihrer Verwandlung in eine reale Bedrohung nicht abgekoppelt werden“, wie in einer Studie des Center of Strategic and International Studies“, Washington (vom 12.12.2000) gesagt wird. Im Übrigen werden in dieser Studie ernste Zweifel geäußert, ob ein solches System die von den Strategen gewünschte „Unverwundbarkeit“ gewährleisten kann.

Auf dem Wege zur globalen Dominanz der USA sind die wesentlichen Kernwaffenstaaten Russland und China die eigentlichen Ziele. Wie sagte der neue Außenminister, Powell in seinem ersten öffentlichen Auftritt: „Wenn China nicht unser strategischer Partner ist, ist es eben unser Gegner“!

Die Münchner Sicherheitskonferenz

Neu war an der jährlich stattfindenden Veranstaltung nur das erste Auftreten

des neuen Verteidigungsministers der USA, Rumsfeld, im Ausland, außerhalb der USA. Unter den Verantwortlichen für den Jugoslawienkrieg wie Solana, Schröder



der, Fischer nahm er sich wie fast ein Neuling aus. Jedoch zeigte sich, dass das, was er wollte, nichts anderes war, als über Krieg zu sprechen. Obwohl im Grunde gegensätzliche Standpunkte geäußert wurden, redeten alle über Rüstungsprogramme, Eingreiftruppen und Militäreinsätze – über neue Strategien. Rumsfeld freilich warb für das „National Missile Defense“-Programm der USA und versuchte die europäischen Verbündeten von ihrer zweifelnden Haltung abzubringen. Als Argument diente wiederum die angebliche Bedrohung seitens bisher unerklärter Gegner.

Obwohl alle Teilnehmer sich bemühten, Einigkeit zu demonstrieren, wurde deutlich, dass die Vertreter der BRD, Frankreichs und besonders der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Iwanow, sich gegen das NMD-System aussprachen. Bundeskanzler Schröder gab Rumsfeld mit auf den Weg, dass sich die USA auf ein selbstbewussteres Europa einstellen müssen. Schröder, faktisch den Jugoslawienkrieg resümierend, machte die Schlussfolgerungen deutlich, die die EU und die BRD gezogen haben: Die EU muss eigenständig und unabhängig von den USA militärisch handlungsfähig werden. Geradezu fieberhaft wird deshalb die Bundeswehr zur weltweit einsetzbaren Interventionstruppe umstrukturiert und umgerüstet. Schröder beschwichtigte zwar Verteidigungsminister Rumsfeld, gab aber das klare Ziel aus, bis 2003 in der Lage zu sein, „humanitäre, friedensschaffende und friedensbewahrende Maßnahme selbstständig“ durchzuführen. Schröder ist für Arbeitsteilung und bezeichnete die EU-Streitmacht als das „europäische Bein in der NATO“. Ohne explizit den ABM-Vertrag zu nennen, machte Schröder deutlich, dass die BRD an den bisher erreichten Rüstungsver-

einbarungen festzuhalten gedenkt.

Der Grund ist eindeutig: Die Bundesrepublik will und kann Russland nicht verprellen.

Schröder ließ durchblicken, dass Präsident Putin bereit ist, mit der EU und der NATO engere Beziehungen anzuknüpfen.

Iwanow machte im Verlauf der Tagung deutlich, dass Russland eine grundsätzlich ablehnende Haltung zu den US-Sternenplänen hat. Die schlechteste Variante sei, so Iwanow, dass die USA den ABM-Vertrag aufkündigen und Russland dann im Gegenzug aus allen Abrüstungsverträgen austritt. Iwanow wiederholte den schon von Putin gemachten Vorschlag, mit Beteiligung der Europäer ein globales Antiraketenabwehrsystem zu schaffen. Außenminister Fischer ließ sich im Rahmen der Debatte, die zeitweilig äußerst scharf geführt wurde und in der die Europäer den US-amerikanischen Vertretern nichts schenkten, schließlich mit der Überlegung vernehmen, die unterschiedlichen Interessen der USA und der BRD gegenüber Russland zu skizzieren.



Fischer: Die USA zielen gegenüber Russland auf deren Atomwaffen und die vorhandenen Energieressourcen ab. Hingegen sehen die Europäer Russland als Nachbarn und verfolgen besonders aufmerksam die russische regionale Politik. Es kann nicht deutlicher gesagt werden, als es der US-Senator Mc Cain auf der Konferenz tat: Er sehe eine wachsende Kluft zwischen den USA und Europa.

In der Tat die Kluft ist vorhanden. Sie definiert sich als Position unterschiedlichster Machtansprüche, als sich vertiefender Widerspruch gegen den globalen Machtanspruch der USA und als wachsender Widerspruch des Verhältnisses zu Russland. Russland selbst macht deutlich, dass es eigenen nationalen Interessen den Vorrang gibt, die gegenwärtig keineswegs in einer Ankurbelung eines neuen Wettrüstens bestehen.

Achim Wahl

„Deutsche Großmannssucht“

Der letzte EU-Gipfel in Nizza war mit dem deutschen Versuch konfrontiert, durch neue Stimmenverteilung im Ministerrat eine deutsche Vormachtstellung zu verankern (s. PB 26/00). Dieser Versuch ist in Nizza teilweise gescheitert, insbesondere am französischen Widerstand. Am 30. Januar hielt Außenminister Fischer in Freiburg eine seiner „europäischen“ Grundsatzreden, die in der Presse vielfach als Bemühen interpretiert wurde, das durch den deutschen Vormachtanspruch stark belastete deutsch-französische Verhältnis zu entspannen. Tatsächlich jedoch brachte Fischer es fertig, in einer Frankreich umschmeichelnden Lobrede zwei Gedanken unterzubringen, die den deutschen Drang nach Sonderstellung vorsichtig verhüllen und dabei knallhart betonen.

Eine merkwürdige Geschichtsinterpretation: Frankreich habe, so Fischer, nach 1945 mit dem Prinzip der Integration das „System des Gleichgewichts der Mächte“ überwunden und damit die Kriegsgefahren in Europa, in dem „Deutschland seit seiner ersten Nationalstaatsbildung für das prekäre Gleichgewicht der Mächte stets zu groß, für eine Hegemonie aber zu klein gewesen“ sei. Wie? Was? Die Kriegeursachen resultieren nicht aus dem deutschen Hegemoniestreben, sondern aus geografischen Faktoren, aus Größenverhältnissen? Deutsches Hegemoniestreben war aufgrund der Größe Deutschlands verfehlt und nicht als auf Expansion, Unterwerfung, Raub angelegtes aggressives Konzept? Die naheliegende Schlussfolgerung aus solcher Geschichtsbetrachtung: Wenn die Integration Europas die angeblich gefährliche Zwischengröße Deutschlands – einerseits zu groß, andererseits zu klein – unwichtig macht, dann kann schon deshalb von Deutschland keine Gefahr ausgehen, ist es jeden Vormachtsanspruchs unverdächtig.

Das „Demokratieproblem“: „Wie gelingt es uns“, fragt Fischer, „die europäische Demokratie so zu gestalten, dass sie das Europa der Bürger und das Europa der Nationalstaaten gleichermaßen repräsentiert?“ Das Demokratiedefizit besteht nach deutscher Auffassung darin, dass Deutschland die größere Zahl der Bürger nicht in – gegenüber Frankreich – mehr Stimmen im Ministerrat umsetzen kann. Aber: In der aufzustellenden EU-Truppe wird Deutschland mit 18.000 von 60.000 bereits den größten Anteil stellen. Was Fischer als Demokratieproblem aufwirft, meint in der Praxis etwas anderes, und zwar in zweifacher Hinsicht: die Stärkung der Zentralgewalt und die Stärkung der Rolle Deutschlands. Zwar betont Fischer, dass Deutschland seinen Platz „in unverrück-

baren Grenzen“ in Europa gefunden habe – das Ziel, einen fetten deutschen Block in der Mitte Europas zu bilden, der durch weitere, durch einseitige Abhängigkeiten angebundene Staaten verstärkt und mehrheitsfähig ist, hat die BRD nicht aufgegeben. Die grün-rote Europapolitik irritiert zunehmend auch Leute wie Helmut Schmidt, der Fischer in der letzten Woche neben „großen Tönen“ und „unnötiger Vielrederei“ vor allem „deutsche Großmannssucht“ vorwarf.

Die EU hat ein Demokratieproblem. Es besteht darin, in der Verteilung der Verantwortlichkeiten zwischen der EU, den Nationalstaaten und den unteren Ebenen die zentralen Kompetenzen stark zurückzuschneiden, v.a. auf dem militärischen Gebiet, und Strukturen durchzusetzen, die die Politik nach innen und außen zivilisieren und die Unterdrückung von Minderheiten durch Mehrheiten verhindern. scc

Weltsozialforum in Porto Alegre/Brasilien

„Eine andere Welt ist möglich“

Die Losung, die die Teilnehmer der großen Demonstration in Porto Alegre – „Yankees raus aus Lateinamerika“ – mit sich trugen, wird so einfach nicht zu realisieren sein. Was aber denkbar ist, ist eine andere Welt. So jedenfalls meinen es die Tausenden Teilnehmer am Weltsozialforum, das vom 25.1. bis 29.1. in der südbrasilianischen Stadt Porto Alegre tagte. Diese Worte standen als Tagungsmotto über dieser erstmals durchgeführten Konferenz, an der sich Gegner der Folgen der neoliberalen Globalisierung aus aller Welt beteiligten. Vertreten waren Parlamentarier aus Europa, afrikanische Intellektuelle, brasilianische Landlose, argentinische Gewerkschafter, Wissenschaftler aus Frankreich, Umweltaktivisten aus den USA – insgesamt fanden sich mehr als 3.000 Menschen ein, um gemeinsam über das Tagungsmotto nachzudenken. Im Mittelpunkt standen drei Fragen: Durchsetzung eines Schuldenerlasses für die Länder der Dritten Welt, die Besteuerung internationaler Finanztransaktionen (Tobinsteuer) und die Forderung nach Aufwertung öffentlicher Rentensysteme. Die einzige teilnehmende deutsche Bundestagsabgeordnete, Ulla Lötzer (PDS), machte sich wie auch andere stark für die Kontrolle der internationalen Finanzmärkte. Die Mehrheit der Teilnehmer war sich einig, dass es weiter gilt, wie in Seattle, Prag oder Davos gegen die Politik des Neoliberalismus zu kämpfen und für eine gerechte Weltordnung einzutreten. Es wurde beschlossen, das Forum zu einer ständigen Einrichtung zu machen, um den Gegnern der globalisierenden Kapitalismus ein eigenständiges Podium zu verschaffen. abe

Positionen der PDS zu Konsequenzen aus der BSE-Krise

Vorteile regionaler Agrar-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen nutzen!

Die neue Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, hat mit einer Regierungserklärung am 8.2. als Konsequenz aus der BSE-Krise Grundzüge für eine „Wende in der Agrarpolitik“ dargelegt. Einer der Grundsätze, die sie zur Geltung bringen will, ist der Vorrang regionaler Strukturen: „Regional ist erste Wahl“. Allerdings blieb genau diese Parole weitgehend noch vage. Wir setzen den Artikel „Eine neue Agrarpolitik ist notwendig“ fort, der in den letzten Politischen Berichten veröffentlicht ist und Positionen der PDS darstellt, hier zum Thema „Vorteile zukunftsfähiger regionaler Agrar-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen im Kampf gegen BSE nutzen!“ (so die Überschrift eines Papiers des Arbeitskreises „Agrarpolitik und Leben auf dem Lande“ der PDS-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt). Wiederum sind Teile des erwähnten Readers leicht bearbeitet und zusammengestellt. (Red.)

Der entscheidende Punkt des BSE-Problems ist, dass infolge des enormen Leistungsdruckes auf die Bauern immer weniger Futter (insbesondere Eiweißfutter) aus eigenem betrieblichen oder regionalem Aufkommen in der Viehhaltung zur Anwendung kommt. Wirtschafts- und Stoffkreisläufe auch in der Agrar- und Futterwirtschaft werden zwar vollmundig propagiert, tatsächlich wird aber nichts dagegen getan, dass Eiweißträger und Getreidesubstitute aus anderen Teilen dieser Welt weiterhin heimische Futtermittel sowie z.B. den Anbau von Klee und Luzerne ausgrenzen. Hier liegt der Dreh- und Angelpunkt für dringend notwendige Kursänderungen in der Bundes- und schließlich der EU-Agrarpolitik.

Es ist nicht länger hinzunehmen, dass die Politik im Umgang mit restriktiven Maßnahmen gegenüber den kapitalträchtigen national und international agierenden Handelskonzernen faktisch überhaupt nicht in Erscheinung tritt, dagegen den landwirtschaftlichen Primärproduzenten und dem Verbraucher bzw. Steuerzahler alles abverlangt wird.

Mit diesem Freispruch auf der einen Seite und der Schuldzuweisung auf der anderen Seite bleibt alles, wie es war: Eiweiß (Soja) wird weiterhin aus Ländern geholt, wo die Menschen und vor allem Kinder ohnehin an einem chronischen Eiweißmangel leiden. „Das Vieh der Reichen frisst das Brot der Armen!“ Unter der Fahne eines einheitlichen Europas

und der Globalisierung wird mit dem Gedanken der Regionalisierung der Wirtschaft bestenfalls kokettiert, tatsächlich aber Schindluder getrieben. Regionale Stoffkreisläufe müssen künftig eine Chance erhalten, das heißt, die Beteuerung der Agenda 2000 endlich in die Realität umzusetzen.

Vor dem Hinterrund des BSE-Dilemmas sind nun endlich weitaus zielstrebigere als bisher Verbündete und letztlich politische Mehrheiten zu suchen, die über die bereits getroffenen Maßnahmen und Willenserklärungen hinaus darum streiten, dass in der Agrar- und Ernährungswirtschaft das Prinzip der regionalen Stoffkreisläufe und der Selbstversorgung durchgesetzt wird und sich damit der irrsinnige Handel sowie die „globalen“ Transporte von Nahrungs- und Lebensmitteln im Allgemeinen und von lebenden Schlachttieren im Besonderen mehr und mehr erübrigen.

Die Förderung des Regionalprinzips insbesondere auch in der Futterwirtschaft, also die vorrangige Versorgung der Tierbestände mit Futter aus eigenem betrieblichen oder regionalem Aufkommen sowie die Förderung von Erzeugern-, Verarbeitungs- und regionalen Vermarktungsgemeinschaften oder Unternehmen, das alles würde die Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln und anderen agrarischen Rohstoffen wieder durch- und überschaubarer werden lassen. Eiweißreiches Futtermittel z.B. muss nicht aus importiertem Sojaschrot kommen. Der Sojaanbau in Frankreich würde ohnehin für den europäischen Bedarf nicht ausreichen. Nun massenhaft gentechnisch verändertes Soja aus den USA und Argentinien einzuführen, wie das bereits, wenn bisher auch noch in kleinem Maßstab, praktiziert wird, ist gefährlich. Die eigenen Produktionsgrundlagen und Standortmöglichkeiten in Deutschland und Europa verfügen über ein reichhaltiges Potenzial zur Produktion von Raps, Ackerbohnen, Futtererbsen, Sonnenblumen, Leinen, Luzerne und anderen eiweiß- und fettreichen Hülsenfrüchten. Aus der Sicht der Zukunft der Landwirtschaft könnten Arbeitsplätze und Einkommen im ländlichen Raum gesichert, ev. ausgebaut werden. Importe aus Entwicklungsländern könnten zurückgefahren werden, zum Ausbau ihrer eigenen Lebens-

mittelbasis. Grundsätzlich müssten dazu die stillgelegten Flächen – unter der Voraussetzung einer gesetzlichen Freigabe durch die EU-Agrarpolitik – genutzt werden. Bei rund 1,1 Mio. ha Flächenstilllegung in Deutschland (wovon rund 370.000 ha für nachwachsende Rohstoffe bebaut werden) könnten rund 743.000 ha für die Produktion von eiweiß- und fettreichen Futtermitteln genutzt werden.

Jedenfalls scheint uns sicher, dass kein Verbraucherschutz wirksamer sein kann als durchschaubares Zusammenwirken regionaler Agrar-, Verarbeitungs- und Vermarktungsgemeinschaften. Hier geht es um Erzeugergemeinschaften sowie um den Gedanken der horizontalen und vertikalen Kooperation. Das mögen durchaus große Wirtschaftseinheiten sein, für die es gerade im Osten Deutschlands beste Voraussetzungen gibt. Entschieden lehnen wir es ab, solche Gemeinschaften



Die EU-Landwirtschaft produziert weit mehr, als sie absetzen kann. Wenn die EU ihre Agrarpolitik, auf der einen Seite Überproduktion belohnen, auf der anderen Seite Überschussvernichtung honorieren, tatsächlich umstellt, werden sich auch die Bauern umstellen.

und Verbände von Agrarunternehmen sowie bestimmte Tierkonzentrationen und Unternehmensgrößen als „Agrarfabriken“ oder auch als „Agrarindustrie“ zu verunglimpfen. Ohne Zweifel gehen von den Verfechtern der Ökologischen Landwirtschaft wichtige Signale aus, aber die Landwirtschaft ausschließlich mit der „Langen Hacke“ bewältigen zu wollen, das kann nicht der Weg sein.

Gerade auch mit Blick auf die EU-Osterweiterung ist ein neues Agrar- und Wirtschaftskonzept zwingend notwendig, das den Vorrang regionaler Strukturen nutzt.

Quelle: BSE – Rinder- oder Menschenwahn? Seuche oder Pharma-Unfall? Der Reader, zusammengestellt von Dr. Sabine Voigt, kann bei der PDS-Bundestagsfraktion bestellt werden

Barcelona

Hungerstreiks der *sin papeles*

„¡La Ley de Extranjería – es una tontería!“ Das AusländerInnengesetz ist eine Dummheit! Einer der wohlgeleiteten Slogans, gerufen aus 5000 Mündern, auf der lauten und fröhlichen Demonstration, dem bisher letzten Höhepunkt des engagierten Kampfes von illegalisierten MigrantInnen in Barcelona, die sich mittlerweile in 5 Kirchen in der Innenstadt „eingeschlossen“ haben („encierro“, etwas zwischen Kirchenasyl und Besetzung). Davon und von der Entwicklung dorthin möchte ich im Folgenden berichten.

Die spanische Regierung hatte unter Federführung der amtierenden PP (Partido Popular) ein AusländerInnengesetz beschlossen, das in der Illegalität lebenden Menschen eine Aufenthaltserlaubnis beschaffen sollte, wenn sie nachweislich länger als ein Jahr „straffrei“ in Spanien gelebt und gearbeitet hatten. Als integrationsfreundliche Maßnahme angepriesen, führte es bei vielen MigrantInnen zu großer Verunsicherung, denn die „Reform“ war zwar in aller Munde, ihre konkreten Bedingungen wurden jedoch im Dunkeln verhandelt. Nicht zuletzt durch die Pogrome in El Ejido Anfang des Jahres 2000 und die ausführliche Berichterstattung darüber in den Medien war der Rassismus in Spanien ins Blickfeld geraten. Immer wieder fanden sich auch Artikel über Tote und Verhaftete an der Meerenge von Gibraltar; von reinen Auflistungen über Schlepperbanden-Hetze bis zu guten Hintergrund-Reportagen, oder z.B. dem dreiseitigen Exklusiv-Bericht in der El País: „Wie ich die Meerenge kreuzte“.

Auch war immer häufiger von MigrantInnen-Protesten überall in Spanien zu hören, die ihre üblen Arbeitsbedingungen in Gewächshäusern und auf Plantagen anprangerten oder ihren (nicht vorhandenen) Status insgesamt. Zwar meist nicht direkt von Abschiebungen bedroht, existiert allerdings in Spanien auch keinerlei Anspruch auf Unterkunft oder finanzielle Unterstützung. Am 31. Juli 2000 lief schließlich die Meldefrist für eine Legalisierung aus.

Auch in Barcelona fingen die ersten Illegalisierten, die nie eine Chance auf Papiere hatten, an, sich zu organisieren. Ende September fand sich eine Gruppe von ca. 70 Schwarzafrikanern („subsaharianos“) und ungefähr ebenso vielen Bulgaren zu einer Plattform der „sin papeles“ zusammen, die schon vorher durch Kampieren auf zwei zentralen Plätzen der Stadt auf sich aufmerksam machten. Unterstützt wurden sie dabei u.a. von dem seit langem aktiven Kollektiv der „papeles para todos y todas“ und z.B. von HausbesetzerInnen, die sie zeitweilig aufnahm-

men. Mit ihrer „Acampada de la Vergüenza“ (Skandal-Camp), mit Kundgebungen und Demonstrationen und mit einer neuntägigen „encierro“ in der Universität von Barcelona Mitte November machten sie unablässig auf sich aufmerksam. Eine große Gruppe von Illegalisierten aus Pakistan, Indien und Bangladesh sowie weitere MigrantInnengruppen und spanische UnterstützerInnen schlossen sich der Plattform an, die Zahl der organisierten Papierlosen war Ende November auf ca. 300 Personen angewachsen.

Am 23.12.2000 wurden in der Presse die Zahlen des Anerkennungs-Prozedere bekannt gegeben, und selbst die El País kam nicht umhin, von Diskriminierung zu sprechen, denn je nach Aufenthaltsort schwankten die Anerkennungszahlen enorm:

In Barcelona wurden von fast 50.000

Plattform, zumal die ganze Zeit absehbar war, dass sich der Status der Abgelehnten bzw. der erst gar nicht zum Verfahren Zugelassenen verschlechtern würde.

Am 23.1.2001 trat schließlich jener „Reform-Teil“ des „Ley de Extranjería“ in Kraft, der sich genau mit jenen Illegalisierten beschäftigt. Dort steht nun festgeschrieben, wie mit Rechtlosen umzugehen sei: Eine zuvor noch mögliche ärztliche Behandlung (außer für Kinder und in Notfällen) – gestrichen. Versammlungs-, Gewerkschafts-, Streikrecht – gestrichen. Die Möglichkeiten zur Abschiebehaft – erleichtert und ausgeweitet, ebenso die der Abschiebungen, die jetzt innerhalb von 48 Stunden vollzogen werden können. Und neben weiteren Verschlechterungen wie die der Familienzusammenführung noch ein, wie ich finde, besonders perfider Punkt: Zu einer Strafe bis zu 10 Mio.

bei, fragen, reden, und die Unterschriften-Liste wächst und wächst minütlich. Vielleicht liegt das daran, dass in Barcelona auch viele innerspanische MigrantInnen aus dem „armen“ Süden leben bzw. viele selbst vor Jahren (z.B. nach Deutschland) emigriert waren. Das Medieninteresse ist bisher auch sehr groß, Presse, Funk und Fernsehen sind zuhauf vor Ort; wenngleich ich die Sensationsgeilheit immer wieder abstoßend finde, wenn sich z.B. eine Meute von Fotografen über eine Trage hermacht, auf der einer der Streikenden, offensichtlich am Ende seiner Kräfte, zum Krankenwagen gebracht wird. Thema der Berichterstattung sind eben jene „besorgniserregenden Fälle“, die anstehenden Zigttausende Abschiebungen im ganzen Land und Berichte von ähnlichen Kämpfen in anderen Städten.

In Murcia gab es z.B. in Folge eines tödlichen Verkehrsunfalls mit zwölf toten EcuadorianerInnen vielfältige Aktionen bis hin zu wilden Streiks, was das Medieninteresse steigerte und die Herrschenden zu ersten Angeboten zwang: Erhöhung der Quoten, je nach Bedarf an Arbeitsplätzen (ein UNO-Ableger fordert 100.000 Regulationen pro Jahr bis ins Jahr 2020, so hoch sei der Bedarf); ein bilaterales Abkommen, wie es z.B. bereits mit Marokko existiert, zur zeitlich begrenzten Arbeitsausbeutung auf Feldern und in Gewächshäusern, ist Anfang Februar mit Ecuador geplant; und, kapitallogischer Lauf der Dinge: Landwirte wollen den Staat verklagen, weil ihnen aufgrund von ersten „freiwilligen“ Ausreisen (billige illegale) Arbeitskräfte fehlen, die Angst vor Ernteaussfällen und erhöhten Strafen wegen Beschäftigung von „Illegalen“ wächst.

Die Plattform lehnt dies alles als völlig unzureichend und „ungehörig“ ab, fordert eine Lösung für alle, d.h. „papeles para todos y todas“! Mehr als 40 Gruppen bis ins reformistische Gewerkschaftsspektrum hinein unterstützen inzwischen ihre Forderungen, die da wären:

- Garantie, dass weder Abschiebungen realisiert werden noch die ImmigrantInnen und die Organisationen, die sie unterstützen, Sanktionen erleiden werden
- Ende der polizeilichen Hetze, der wir ausgesetzt sind, als wären wir Kriminelle
- Regulierung aller ImmigrantInnen, die im Staate Spanien leben
- Papiere für alle
- Wir fordern ein dringendes Gespräch mit der Delegation der spanischen Zentralregierung in Katalonien zur Durchsetzung unserer Forderungen

„Wenn sie heute unsere Rechte mit Füßen treten, geschieht das morgen mit denen aller“

Quelle: kein mensch ist illegal NEWS
<http://www.contrast.org/borders/kein/news.html>
 – coyote-l@kein.org – <http://coyote.kein.org/mailman/listinfo/coyote-l>



Afrikanische Migranten erreichen die spanische Küste

Anträgen 70,9 % abgelehnt, während im benachbarten Girona lediglich 17,8 % dieses Schicksal erleiden mussten. Und viele andere Unregelmäßigkeiten wurden bekannt: Einige wagten eine Doppelein-schreibung und hatten Erfolg: In der einen Stadt abgelehnt, wurden sie in der anderen mit den gleichen Daten anerkannt!

Oder aus einer Stadt wurde beispielsweise bekannt, dass sie mit steigender Melderate die Anerkennungsquote senkte. Wieder andere Rechenbeispiele zeigten, dass MarokkanerInnen nur zu 52 % einen positiven Bescheid erhielten, während (spanischsprachige) LateinamerikanerInnen auf über 80% kamen. Mit Abschluss des Verfahrens wurden den abgelehnten Personen Aufforderungen zugestellt, innerhalb von 15 Tagen das Land zu verlassen, bei einer Strafandrohung von 50.000 Peseten (ca. 60 DM). Während seit 1985 (letzte „Reform“ des AusländerInnenrechts) pro Jahr ca. 5.000 Abschiebungen vollzogen wurden, standen jetzt auf einen Schlag 27.000 an, Tendenz steigend. All dies thematisierte auch die

Pesetas (ca.120.000 DM) können von nun an Transportunternehmen verknackt werden, wenn sie Personen ohne gültige Reisedokumente befördern.

Dies vor Augen, beschlossen die „sin papeles“ in Barcelona bei einer gutbesuchten, vielsprachigen Kundgebung auf dem zentralen Plaza Cataluña am 20. Januar den Hungerstreik und schlossen sich in der Kirche Sta. Maria del Pi ein. 328 der inzwischen 360 Organisierten fingen an zu hungern, einige begannen sogar mit einem Durststreik. Dieser wurde zunächst beendet, um den Kampf länger führen zu können, dann von anderen wieder aufgenommen, um den Druck abermals zu erhöhen. Mit jedem Tag wurden es mehr, die sich zusammentaten, in einer weiteren nahegelegenen Kirche gab es ein „encierro“, über 400 Personen beteiligen sich inzwischen an dem Kampf, die meisten im Hungerstreik!

Sehr erfreulich ist die große Unterstützung von AnwohnerInnen (bis hin zu Geschäften), immer wieder bringen Leute Wasser, Zucker, Decken und mehr vor-

Aussichten auf Frieden schlechter denn je

In einer Wahl ohne wirkliche Alternative haben 62,5% der abgegebenen Stimmen General Scharon zum neuen israelischen Ministerpräsidenten gemacht. Barak erhielt gerade 37,4%.

Das Ergebnis sei weniger ein Sieg des notorischen Hardliners Scharon als vielmehr eine Niederlage Baraks, der den Frieden versprochen, aber den Krieg gebracht hat, kommentieren Adam Keller und Beate Zilvernschmidt in *The Other Israel*, der Zeitung des „Israelischen Rates für israelisch-palästinensischen Frieden“. Die Wahlbeteiligung lag mit ca. 62% niedrig wie nie zuvor; Scharon hat also für seinen Kurs deutlich weniger als die Hälfte der stimmberechtigten Israelis mobilisiert.

Nein, Barak hat verloren, vor allem die Stimmen arabischen Israelis. 1999, vor eineinhalb Jahren, erhielt er 95% der von ihnen abgegebenen Stimmen. Heute blieben die meisten aus Protest gegen Baraks Politik der Wahl fern, in Nazareth etwa gingen lediglich 4% zu den Urnen. Auch Teile der Linken und der Friedensbewegung, die ihn 1999 gewählt haben, weil er eine Alternative zu Netanjahu schien, dürften die Wahl dieses Mal boykottiert haben. Denn Barak hat vom ersten Tag an die Politik Netanjahus fortgesetzt. Er hat, wie ihm der Friedensaktivist Uri Avneri schon vor Wochen vorwarf, „alles daran gesetzt, Siedlungen zu bauen. Seit

seinem ersten Tag im Amt hat er das Tempo erhöht beim Bau neuer Siedlungen (unter dem Vorwand, schon bestehende Siedlungen zu „erweitern“), bei der Landenteignung, bei der Zerstörung palästinensischer Eigenheime und beim Bau von „Umgehungsstraßen“ (deren Hauptzweck darin besteht, palästinensische Grundstücke den „Siedlungsblöcken“ hinzuzufügen, die er Israel einverleiben will).“ Zwar hat Barak die israelische Armee aus der sogenannten Sicherheitszone im Südlibanon zurückgezogen, schrieb Peter Strutyński (Bundesweiter Friedensratschlag) in einem Kommentar. Doch sei nicht erkennbar geworden, dass dieser Rückzug Teil eines Gesamtplanes und –angebots an die arabischen Nachbarn zur geordneten Aufgabe besetzter Gebiete gewesen wäre. Dies hätte auch die für Syrien wichtigen Golanhöhen einschließen müssen. Hier gab es ebenfalls überhaupt keine Fortschritte.

Und Scharon? Trotz aller Gemeinsamkeiten zwischen Likud und Labour sehe er einige Unterschiede, sagte der palästinensische Informationsminister nach Scharons Wahlsieg in einem Interview mit der FR. In der letzten Verhandlungsrunde hätte die israelische Regierung ermutigende Fortschritte angeboten, die, hätte sie sie sechs Monate vorher gemacht, die Möglichkeit eines umfassenden Friedensvertrages hätten erkennen lassen. So habe man erstmals zugesagt, die territoriale Kontinuität innerhalb der Westbank zu erhalten und einem palästinensischen Staat souveräne Grenzen zuzugestehen. Dagegen will „Scharon ... die Westbank in drei, vier Kantone zerschneiden. Er will uns in große,

voneinander getrennte Gefängnisse sperren, die er in seiner Generosität mit Tunneln oder Brücken verbinden will. Über das Jordantal oder die Flüchtlingsfrage will er nicht mal mit sich reden lassen. Das ist sein einziges Versprechen an uns.“ Noch am Wahltag hatte Scharon bekräftigt, dass er nicht einmal die bisherigen Vereinbarungslinien zwischen Israel und den Palästinensern gelten lassen, weder über Jerusalem noch über die israelische Siedlungstätigkeit verhandeln will. Der Oslo-Prozess scheint mit dem Wahlsieg Scharons definitiv beendet. Selbst zurückhaltendere Stimmen interpretieren auf arabischer Seite den Sieg Scharon als Zeichen, dass die Israelis „keinen Frieden wollen“, wie die ägyptische Regierungszeitung Al Akhbar schrieb. Ähnlich fallen syrische Stellungnahmen aus.

Die schon zitierten Adam Keller und Beate Zilvernschmidt, die die israelische Friedensbewegung in bitteren Debatten zerrissen sehen, beschwören die Notwendigkeit, den inneren Zusammenhang der Friedensbewegung wiederherzustellen, um sich der neuen Situation zu stellen. Sie sehen erste Anzeichen dafür in den letzten Tagen vor der Wahl. So erinnerten am Samstag vor der Wahl Tausende Israelis trotz strömenden Regens mit einer Demonstration an die Ermordung des Friedensaktivisten Emil Grunzweig 18 Jahre zuvor – er war 1983 während einer Demonstration für den Rücktritt Scharons als Verteidigungsminister von einem Scharon-Anhänger getötet worden. *sec*

Quellen: www.uni-kassel.de/fb10/frieden/Welcome.html und www.info@deutsch-israelischer-arbeitskreis.de

Gegen die Besatzung

Aufruf von Jüdinnen und Juden an die israelische Regierung

Wir, besorgte Jüdinnen und Juden aus der ganzen Welt, betrachten weiterhin mit Erschrecken die Folgen der militärischen Repression und ökonomischen Blockade der Palästinenser durch Israel.

Israel und die Palästinenser sind keine gleichen Partner in einem Friedensprozess. Israel ist ein Nationalstaat, der mit einer Armee und hochentwickelten Waffen ausgerüstet ist; die Palästinenser sind ein um seinen Besitz gebrachtes Volk, das unter der militärischen, politischen und ökonomischen Kontrolle Israels in einem Territorium lebt, das durch die expandierenden jüdischen Siedlungen fragmentiert wird.

Die von Ariel Scharon im Haram el-Sharif mit Hilfe und Zustimmung Ehud Baraks organisierte kalkulierte Provokation hat die Region in Brand gesetzt. Dies war möglich, weil die Lage bereits potentiell explosiv war infolge der Ver-

zögerungstaktik der Israelis und ihrer Weigerung, einen Palästinenserstaat anzuerkennen, dessen Ausrufung wiederholt aufgeschoben worden war.

Israel erringt für seine Aktionen Legitimität, indem es behauptet, im Namen der Juden weltweit zu sprechen. Als Jüdinnen und Juden verurteilen wir den Antisemitismus und alle Formen des Rassismus. Wir unterstützen die Koexistenz auf gleichberechtigter Grundlage von Palästinensern, Israelis und allen anderen Menschen der Region und rufen zu einem Ende der israelischen Aggression und Unterdrückung auf.

Wir fordern Israel auf, die Menschenrechte der Palästinenser zu achten durch:

- sofortigen, vollständigen und bedingungslosen Rückzug von allen 1967 gewaltsam angeeigneten und besetzten Gebieten,
- Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung,
- Rückkehr und Entschädigung sowie die Einleitung von Schritten zur Verwirklichung dieser Rechte,

- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze und Einführung voller gesetzlicher Gleichheit zwischen Juden und Nichtjuden,

- Umverteilung der Ressourcen und ein massives Programm internationaler Hilfe zur Wiederherstellung der palästinensischen Gemeinschaften.

Nur ein Herangehen, das auf diesen Elementen beruht, hat irgendeine Chance, die Bedingungen für einen gerechten Frieden in der Region zu schaffen.

Dieser Aufruf wurde bisher von über 600 Menschen aus Israel, den USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, der Schweiz und vielen anderen Ländern unterzeichnet, unter anderem von:

Lenni Brenner (New York), Noam Chomsky (Cambridge/Massachusetts), Norman G. Finkelstein (New York), Charlie van Gelderen (Cambridge/England), Tikva Honig-Parnass (Jerusalem), Moshe Machover (London), Charles Post (New York), Roland Rance (London), Catherine Samary (Paris), Fritz Teppich (Berlin), Hillel H. Ticktin (Glasgow), Barry Weisleder (Toronto), Dan Wilson (New York)



Vergangene Woche hatten in Oslo etwa 40000 Menschen gegen Rassismus demonstriert. Nach Angaben der Polizei war es die größte Demonstration des Landes seit mehr als 50 Jahren. Auch in anderen Städten waren Tausende Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straßen gegangen. Grund für die Demonstrationen war die Ermordung eines 15-jährigen Jungen, dessen Vater aus Ghana stammt. Zehntausend versammelten sich allein im Zentrum von Oslo. Die dänische Polizei hat einen norwegischen Neonazi festgenommen, der an dem Mord beteiligt gewesen sein soll.

Italien: Rassistische Kundgebungen unterbunden

Am 10. Februar wollte die faschistische Organisation Forza nuova (FN), die mit dem Attentat auf *il manifesto* in Verbindung gebracht wird, in Verona „gegen Einwanderung“ demonstrieren und damit einen spektakulären, erklärtermaßen rassistischen Auftakt für ihren Parlamentswahlkampf setzen. Verona in der Nähe des Gardasees war nicht zufällig gewählt: Mussolini wollte dort in der Endphase des italienischen Faschismus unter hitlerdeutschem Schutz die faktische Hauptstadt seiner „Republik von Salò“ etablieren. Mit einer spektakulären Aktion an diesem Ort wollte FN landesweite Beachtung erzwingen und sich als unaufhaltsame faschistische Kraft demonstrieren. Nachdem massive Gegenaktionen angekündigt waren und die Polizei quästur die Kundgebung verboten hatte, hat FN diese Aktion abgesagt. Ebenso musste eine Woche zuvor die Lega Nord auf eine rassistische Kundgebung „gegen Einwanderung“ in Padua (wie Verona im Veneto) verzichten. Der Lega-Chef Bossi wollte dort zusammen mit dem Bürgermeister von Treviso, Gentilini, auftreten, der Krieg gegen die farbigen „Extracomunitari“ führen und „Immigranten in plombierte Waggon stecken“ will. Auch diese Aktion wurde abgesagt, nachdem ein breites Bündnis aus linken und Regierungsparteien, Gewerkschaften, Künstlern, Basiskomitees und selbstverwalteten Sozialzentren eine Gegenkundgebung angekündigt hatte. Tausende feierten anschließend diese Niederlage der Lega in Padua auf der Straße. *rok*

Griechenland: Klage gegen BRD

Ein griechisches Sondergericht soll in den nächsten Monaten über die Zulässigkeit von Klagen griechischer Bürger und damit verbundener Reparationsforderungen an Deutschland entscheiden. Bis zur

Entscheidung seien alle bereits eingereichten Klagen um Entschädigung für Massaker der Waffen-SS während des Zweiten Weltkrieges eingefroren. Etwa 10000 Hinterbliebene von 217 griechischen Zivilisten, die die Waffen-SS 1944 in der Kleinstadt Distomon ermordet hatte, haben geklagt. In einem Fall hatte der Oberste Gerichtshof in letzter Instanz für Entschädigung entschieden. Die Kläger hatten daraufhin ein Pfändungs- und Versteigerungsverfahren gegen das deutsche Archäologische Institut und das Goethe-Institut in Athen eingeleitet. Das Verfahren wurde aber vom griechischen Justizminister Michalis Stathopoulos im vergangenen Januar gestoppt. (Quelle: ND)

Sozialleistungen nach Herkunftsland

Die Sozialleistungen für Bürger der Europäischen Union sollten für eine Übergangsperiode nach dem Herkunftsland bemessen werden und nicht nach dem Land, in dem der Bürger beschäftigt ist. Das schlägt der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium in einem Gutachten zur „Freizügigkeit und sozialen Sicherung in Europa“ vor. Diese „verzögerte Integration“ verringere den Anreiz zu Wanderungsbewegungen, die allein das Ziel hätten, höhere Sozialleistungen zu bekommen, argumentiert der Beirat. Erwerbstätige und Nichterwerbstätige würden die Wahl ihres Wohnortes dann weniger von sozialrechtlichen Auswirkungen abhängig machen. Dagegen sei es nicht sinnvoll, die „Sozialsysteme auf EU-Ebene auf absehbare Zeit anzugleichen, weil dem unterschiedliche wirtschaftliche Verhältnisse und politische, Prioritäten entgegenstünden.“ (Quelle: FAZ)

Brief an Schröder aus Tschechien

Der Verband tschechischer Zwangsarbeiter hat Bundeskanzler Gerhard Schröder

(SPD) in einem Brief um ein klares Wort über die Verzögerungen bei der Entschädigung gebeten. Man erhoffe sich von der Stellungnahme des Regierungschefs auch eine Beruhigung der NS-Opfer, die vom Gründungsgesetz der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ viel erwartet hätten, heißt es in dem Schreiben, das der deutschen Botschaft in Prag überreicht wurde. In Tschechien warten derzeit etwa 60000 ehemalige NS-Zwangsarbeiter auf eine Entschädigungszahlung. „Wir möchten vom Herrn Bundeskanzler einfach wissen, wie er den momentanen Stand sieht“, sagte Vorstandsmitglied Karel Ruzicka der dpa. „Tausende sterben, während US-Gerichte und deutsche Firmen immer noch behaupten, es fehle an Rechtssicherheit“, sagte der 77-Jährige. Er wünsche sich eine Reaktion von Schröder innerhalb von 14 Tagen. (Quelle: ND)

Belgrad: Proteste gegen EU-Delegation

Begleitet von Protesten mehrerer tausend Demonstranten ist eine hochkarätige Delegation der Europäischen Union in Belgrad mit dem jugoslawischen Präsidenten Vojislav Kostunica, Außenminister Goran Svilanovic und dem serbischen Premier Zoran Djindjic zusammengetroffen. Stein des Anstoßes war Javier Solana, Hoher Repräsentant für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP). Der vormalige NATO-Generalsekretär wurde von der schwedischen Außenministerin Anna Lindh, EU-Außenkommissar Chris Patten und einer Staatssekretärin aus dem belgischen Außenministerium begleitet. Topthema der Gespräche in der jugoslawischen Hauptstadt: die Auslieferung von Ex-Präsident Slobodan Milosevic an das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag. Das Treffen im Palast der Föderation wurde begleitet von Protesten aufgebracht Bürger. Aufgerufen zu der Demonstration hatten die „Patriotische Allianz Serbiens“ und das „Anti-NATO-Komitee“ von Belgrad. Mehrere tausend Demonstranten blockierten unter den Augen eines immensen Polizeiaufgebotes den Boulevard Nikola Tesla und zogen um das große Bundesgebäude. Immer wieder ertönten die Parolen „Solana ubica – Solana ist ein Mörder“ und „Ziveo Sloba – Lang lebe Sloboda“. Eine Gruppe der Demonstranten verbrannte eine Reklametafel mit einem Bild von Vladan Batic. Auch der neue serbische Justizminister hatte schließlich keinen Finger gekrümmt, den NATO-Generalsekretär a.D. in Haft nehmen zu lassen. Im vergangenen Herbst waren der langjährige Generalsekretär der westlichen Militärallianz sowie 13 Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten wegen des Überfalls auf Jugoslawien von einem Belgrader Gericht zu einer 20-jährigen Haftstrafe verurteilt worden. *Zusammenstellung: hav*

FREISING/KIEL/HAGEN/MAGDEBURG/MÜNSTER/HAMBURG Rund 3000 Freisinger SchülerInnen kamen am 8. Februar zur Demonstration gegen Rechtsradikalismus (*Bild*), zu der alle drei Gymnasien, die Realschule, die Hauptschulen sowie die Fach- und Berufsoberschulen aufgerufen hatten. Eine Woche zuvor hatten ebenso viele an einer Demo der Landesschülervertretungen in Kiel teilgenommen. Auch die Hamburger SchülerInnenkammer organisiert für den 22. Februar eine Demonstration gegen Rechts. Am 10. Februar fanden in mehreren Städten Aktionen statt: In Hagen zogen rund 7500 Menschen durch die Innenstadt und wandten sich gegen rechte Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. In Magdeburg demonstrierten rund 1000. Sie erinnerten an den Mord des 17-jährigen Punks Frank Böttcher durch Nazis und weitere Opfer rechtsextremer Gewalt. In Münster machten über 250 Menschen auf die Übergriffe gegen Ausländer aufmerksam. Nach der „Nazi-Verabschiedungsparty“ in Dresden fand am 10. Februar das 2. Konzert „Rock gegen rechte Gewalt“ in Hamburg statt. 4000 stimmten dem Aufruf von Udo Lindenberg zu „Spätstens in einem Jahr soll das Land frei sein von Skinheads, ferngesteuerten Rassisten und Menschenrechtsverletzern“. *div*



Die nächsten Projekte vom Friedenspolitischen Ratschlag

KASSEL. Der Bundesausschuss Friedensratschlag diskutierte am 27. Januar die Planung für die kommenden Monate. In der Diskussion schälte sich heraus, dass der Friedensratschlag der Anregung des IMI-Tübingen folgen und sich um die Formulierung und Verbreitung eines Appells gegen die *Umrüstung der Bundeswehr in eine Interventionsarmee* bemühen wird. Weitere Punkte waren: *Embargo gegen Irak*: Hier wurde ein vorliegender Appell zur Beendigung des Embargos zustimmend zur Kenntnis genommen. *Uran-Munition*: Der Bundesausschuss beteiligt sich weiter intensiv an der öffentlichen Diskussion. *Nato-Krieg gegen Jugoslawien*: Auch zum 2. Jahrestag (24. März) sollen Aktivitäten im ganzen Land unterstützt werden. Am 23./24. März findet in Berlin ein „Europäischer Friedenskonvent“ statt. Dabei handelt es sich um den Versuch, die Expertenkreise, die bei der Tribunalsbewegung mitgemacht haben, zu reaktivieren und europaweite Diskussionszusammenhänge zu schaffen. www.uni-kassel.de/fb10/frieden

Kritik an Scharping: 59 Standorte zu – und kein bisschen abgerüstet

BERLIN. Die geplante Schließung von 59 Bundeswehrstandorten ist für die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) keine Abrüstung. Auch wenn Bundesminister Scharping durch diesen Schritt Milliarden Steuergelder einspart, so kommen diese doch weder der Bevölkerung noch den von Arbeitslosigkeit bedrohten Zivilbeschäftigten, noch einer Friedenspolitik zu Gute, die diesen Namen verdienen würde. Im Gegenteil: Mehr als die eingesparten Summen werden für die technische Aufrüstung der Bundeswehr mit neuen Waffensystemen

und die Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen der NATO ausgegeben, die Rüstungsausgaben steigen wieder. Scharpings Konzept dient lediglich dazu, die Bundeswehr zu effektivieren und für künftige Auslandseinsätze „kriegsverwendungsfähig“ zu machen. Kommunalpolitiker, Soldatenfunktionäre und Gewerkschafter, die entsetzt aufschreien, müssen sich vorwerfen lassen, dass sie die Notwendigkeit von Standortkonversion schlicht verschlafen haben. Um nun das Schlimmste für die betroffenen Regionen abzuwenden, sollten sie sich gemeinsam mit der Friedensbewegung für wirkliche Abrüstung einsetzen. Die Kampagne „Fünf für Frieden“ fordert die Verringerung der Rüstungsausgaben um jährlich fünf Prozent und die Verwendung der dadurch frei werdenden Gelder für die Konversion von Rüstungsbetrieben/-standorten sowie für soziale Projekte/zivile Friedensarbeit. www.dfg-vk.de

Aufruf zur gewaltfreien Osterblockade des EUCOM in Stuttgart

STUTTGART. Das Eucom ist die Kommandozentrale der US-Armee für 89 Staaten in Europa, Afrika und dem Mittleren Osten, die Kommandozentrale für den (Erst-)Einsatz der in Europa und in Deutschland stationierten US-amerikanischen Atomwaffen, die Befehlszentrale für konventionelle Angriffe zum Beispiel gegen Libyen (1986), Irak (seit 1991)



oder Jugoslawien (1999). Weltweit existieren noch mehr als 20.000 einsatzbereite Atomwaffen. Die Ökumenische Aktion ohne Rüstung leben, die gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen, die Initiative Schalom der Baptisten, die DFG-VK Baden-Württemberg und Pax Christi Bistumsstellen Limburg und Rottenburg-Stuttgart rufen für Ostermontag, 16. April 2001, zu einer Blockade vor dem Zufahrtstor des Eucom in Stuttgart auf, um ein Zeichen für eine Zukunft ohne Atomwaffen zu setzen. www.dfg-vk.de

Antirassistische Aktionswochen vom 18. Jan.–11. Feb. in Münster

MÜNSTER. Die Antirassistischen Aktionswochen wurden von 23 Gruppen und Initiativen aus Münster organisiert, darunter der Verein für politische Flüchtlinge, die Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender und die Allgemeinen Studierenden Ausschüsse von Uni und FH. Neben 20 verschiedenen Veranstaltungen, Filmen, Konzerten und Aktionen fand am 3. Februar ein Aktionstag gegen Rassismus und Ausgrenzung statt. Verschiedene Initiativen riefen dabei zum Picknick vor dem Zaun am Coerder Nerzweg auf. Dort steht seit September 1999 ein etwa 2 Meter hoher Zaun, der Angehörige der Volksgruppe der Roma davon abhalten soll, eine Wiese zu betreten. In der Vergangenheit hatten sich auf dieser Wiese öfters unter anderem Roma versammelt, um gemeinsam zu picknicken oder zu plaudern. Daraufhin kam es auch zu Beschwerden einiger Nachbarn. Nachbarschaftsspannungen sollten aber, wie sonst auch üblich, durch Gespräche behoben werden und nicht durch einen menschenverachtenden Eisenzaun. Bei der umliegenden Bevölkerung wächst ebenso der Misstrau über dieses Gebilde. „Diese Konstruktion passt nicht in eine weltoffene Stadt, wie Münster sie sein möchte. In anderen

Staaten gab es bei ähnlichen Zäunen bereits internationale Proteste, wie hoffen, das dies in Münster nicht nötig ist," sagte Carola Beckmann, Sprecherin der „Münsteraner Initiative für den Abbau des Zaunes“ (MIAZ).

www.muenster.de/~uwz/vf/pf

Ein Prozess wegen „Residenzpflichtverletzung“ in Wolfsburg

WOLFSBURG. Am 6. Februar fand der Prozess gegen Sunny Omwenyke, Mitglied von „The Voice“ und der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen“ vor dem Amtsgericht in Wolfsburg statt. Bei den Fahrten zu Vorbereitungstreffen für den Internationalen Flüchtlingskongress (20. April – 1. Mai 2000) nach Jena und zu den Anti-Khatami-Demonstrationen (12. Juli 2000) nach Weimar ist er von der Polizei außerhalb des Landkreises Wolfsburg kontrolliert worden. Daraufhin hat die zuständige Ausländerbehörde in Wolfsburg Strafbefehle gegen ihn verhängt. Da er nicht bereit war, für die Ausübung seines Grundrechtes auf Bewegungsfreiheit eine gegen ihn verhängte Geldstrafe zu zahlen, stand er vor Gericht.

Die Anklage wegen Residenzpflichtverletzung ist wegen geringer Schuld ohne Urteil eingestellt worden, wobei Sunny seine Anwaltskosten selbst übernehmen muss. Der Richter machte in seiner Stellungnahme deutlich, dass die Residenzpflicht seiner Meinung nach nicht gegen die Verfassung verstoße, da sie zwar die Bewegungsfreiheit einschränke, aber im Gesetz Ausnahmen zulässig sind und die Behörden dies gewissenhaft behandeln würden. Der Staatsanwalt machte klar, dass es sich nicht um einen Freispruch, sondern eine Einstellung trotz Schuld handle. Sunny verdeutlichte die Auswirkungen der Residenzpflicht für das Leben der Flüchtlinge und rief zum weiteren Kampf gegen dieses Sondergesetz auf.

Ein zweifelhafter Höhepunkt der Veranstaltung war die Begründung für die Versagung der Reisegenehmigung für Sunny Omwenyke durch die Zeugin der Ausländerbehörde, Frau Manduca: Der Kongress für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen im Mai letzten Jahres sei eine verfassungsfeindliche Veranstaltung gewesen, die mit ihren Inhalten die Rechtsnormen und gesetzesmäßige Verfassung der BRD ablehne. Dies würde durch das Motto „Gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung von Flüchtlingen“ deutlich. Da Abschiebungen immer auf der Grundlage der Gesetze zustande kämen und es nur rechtmäßige Abschiebungen gebe, würde mit diesem Motto gegen die Gesetze der BRD gearbeitet. Ebenso stelle das Asylbewerberleistungsgesetz mit seinen Einschränkungen

für Flüchtlinge keine soziale Ausgrenzung dar – wer dies behauptet kämpft gegen ein rechtmäßiges Gesetz und damit gegen die Bundesrepublik Deutschland. Das Motto der KurdInnen aus dem Wanderkirchenasyl in NRW „Wir sind hier, weil ihr unser Land zerstört“ sei eine bewusste emotionale Aufstachelung der Flüchtlinge gegen ihr Aufnahmeland und deshalb auch verfassungsfeindlich. Diese Ausführungen machen die politische



Dimension des Prozesses nochmals deutlich. Gegen diese Anschuldigungen wird Sunny mit seiner Anwältin vor dem Verwaltungsgericht klagen.

www.contrast.org/borders/kein/

Opfer von Polizeirepression schließen sich landesweit zusammen

DORTMUND. In Dortmund wurde die parteiunabhängige „Notgemeinschaft Polizeikessel-Betroffener NRW“ gegründet. An dem Gründungstreffen nahmen VertreterInnen der von Polizeikesseln in Düsseldorf und Dortmund Betroffenen teil. In diesen beiden Städten existieren bereits Notgemeinschaften, in denen sich Eltern von betroffenen Kindern und Jugendlichen zusammengeschlossen haben. Im Oktober und Dezember 2000 wurden Hunderte von Kindern, Jugendlichen und andere antifaschistische DemokratInnen im Rahmen von Gegendemonstrationen gegen Nazi-Aufmärsche in Düsseldorf und Dortmund unter skandalösen Bedingungen Opfer von teilweise brutalen und menschenunwürdigen Polizei-Repressionen. Dem Organisationsausschuss der neu gegründeten NRW-Notgemeinschaft gehören 20 Personen aus allen Teilen von NRW an. Die parteiunabhängige Selbsthilfeorganisation will • Aufklärungsarbeit in der breiten Öffentlichkeit leisten • den Erfahrungsaustausch und die Selbsthilfe der Betroffenen organisieren • sich um Solidarität bei Prominenten, Parteien und Organisationen bemühen • juristischen Beistand leisten • Verständnis für die Aktionen antifaschistischer Kinder und Jugendlicher fördern.

Im Hinblick auf die Polizeirepressionen in Düsseldorf und Dortmund fordert die Organisation: • Rückhaltlose Aufklärung der Vorfälle und Bestrafung der aufgrund ihrer Vermummung nicht zu benennenden polizeilichen Täter • Rücktritt der zuständigen Polizeipräsidenten und der verantwortlichen Staats-

anwälte • Einstellung der wahllos und unbegründet eingeleiteten Verfahren • Löschung aller in Polizei- und Staatsschutz-Computern erfassten Daten • Schluss mit Polizeikesseln und staatlichen Repressionen gegen antifaschistische DemokratInnen.

Das Bündnis ist erreichbar über:

Axel Köhler-Schnura, Postfach 15 02 34, 40079 Düsseldorf, Fax: 0211 / 2 61 12 20

Das Antifaschistische Aktion Passau ist keine „kriminelle Vereinigung“

PASSAU. Anfang des Jahres wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft München I die Ermittlungen wegen Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung innerhalb der „Antifaschistischen Aktion Passau“ einstellt. Im folgenden ein kleiner Auszug aus dem Leserbrief, der in der Passauer Neuen Presse nicht erschien: „Vor mehr als 2 1/2 Jahren wurden gegen drei Dutzend junger Passauer Ermittlungen nach §129 StGB „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ eingeleitet. Die Wohnungen von Gymnasiasten, Studenten, Auszubildenden wurden durchsucht. Schulhefte (Chemieunterricht!), Briefe, Tagebücher, Computer beschlagnahmt. Ihre Telefone (und die ihrer Eltern!) wurden jahrelang abgehört, ihre Post geöffnet und teilweise wurden die Haustüren ihrer Wohnungen videoüberwacht! Experten des Staatsschutzes erstellten komplexe „Bewegungsprotokolle“. In die Grundrechte der damals z.T. erst 17-Jährigen wurde massiv eingegriffen, sie wurden wie Schwerstkriminelle behandelt. Und nun? Die Ermittlungen wurden eingestellt ...

So ist es also dem Polizeipräsidenten gelungen, nach den Schikanen gegen das Open Air Pfingstfestival, eine zweite Säule der unabhängigen Passauer Jugendkultur – das antifaschistische Spektrum – zu zerschlagen. Hoffen wir, dass der frei gewordene Platz nicht von Rechtsradikalen aufgefüllt wird. Wir werden uns nicht mit der Einstellung der Ermittlungen zufrieden geben. Zu massiv wurde in die Grundrechte von Menschen eingegriffen. Dieser schleichenden Zerstörung unseres Grundgesetzes muss Einhalt geboten werden.“ www.nadir.org/nadir/initiativ/rote-hilfe/passau



Bundeskoordination der Euromärsche am 24./25. Februar

NÜRNBERG. Diskutiert werden sollen folgende Themen: 1. Sozialpolitische Agenda. Hilfe zur Arbeit: Der aktivierende Sozialstaat am Modellfall Köln. 2. Flugblattskizze für den Aktionstag am 23. März. 3. Planung des Sozialpolitischen Ratschlags am 19./20. Mai. 4. Bericht des Europäischen Sekretariats. 5. Bündnislage in Deutschland und Verein Soziales Europa.

www.euromarches.org/deutsch

Rechtsextremismus- Antrag niedergestimmt

HANNOVER. Als skandalös hat der Vertreter der PDS im Rat der Landeshauptstadt, Ulrich Wolf, das Verhalten von SPD und Grünen im Sozialausschuss bezeichnet. Die Vertreter der beiden Mehrheitsfraktionen im Rat hatten am Montag (15.1.) bei einer Enthaltung einen Antrag der PDS abgelehnt, in dem die Stadtverwaltung dazu verpflichtet werden soll, den Rat regelmäßig über rechtsextremistische, ausländerfeindliche und antisemitische Aktivitäten und Straftaten in Hannover zu informieren. Darüber hinaus geht es in dem Antrag der PDS auch darum, dass die Verwaltung die Mitglieder des Rates über die gegen rechts gerichteten Aktionen antifaschistischer Initiativen und Organisationen sowie der Stadt Hannover unterrichten soll.

Der PDS-Vertreter beschrieb die Intention des Antrages als Versuch, Rat und Stadtverwaltung zu einer kontinuierlichen Auseinandersetzung und dauerhaften Aktivitäten gegen rechtsextreme und rassistische Tendenzen in Hannover zu bringen.

Wolf kritisierte, dass SPD und Grüne im Rat lieber mit der CDU seichte Resolutionen zu diesem Thema verabschieden, als wirklich etwas gegen rechts zu unternehmen. Der Antifaschismus dieser Damen und Herren scheint in dem Moment den Geist aufzugeben, wo es praktisch und konkret wird, sagte er.

PDS Im Rat der LHH, Dr. Ulrich Wolf,
Medienmitteilung 15.1.2001
<http://www.pds-hannover.de/mandate.html>

Öffentliche Diskussion mit braunen Biedermännern – bringt's das?

HEILBRONN. Etwa 45 Personen folgten einer Einladung des „Heilbronner Bündnis gegen Rechtsextremismus“ in den Deutschhofkeller. Um die gesellschaftlichen Wurzeln, Erfolgsstrategien und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus ging es in dem Referat von Prof. Dr. Christoph Butterwege, Köln. Er beschäftigt sich seit 1987 mit der rechten „Szene“. Damals wurde die DVU in Bremerhaven in den Bremer Senat gewählt. In dem flächenmäßig kleinsten Bundesland war es Gerhard Frey mit Hilfe seines Millionenvermögens gelungen, die DVU in den Bremer Landtag zu bringen. Prof. Dr. Butterwege definierte die Begriffe Rechtsradikalismus, Neofaschismus und Rassismus. Nach seiner Ansicht stützt sich der Rechtsextremismus (REX) auf die Ideologien: Nationalismus und Rassismus. Neofaschismus knüpft an den Faschismus von Hitler und Mussolini an und will diesen wiederbeleben (siehe FAP und NF). Rassist ist derjenige, der andere Menschen nicht nur in Gute und Böse einteilt, sondern ihnen auch bestimmte Charaktereigenschaften und Fähigkeiten zuordnet oder abspricht. Das kann negativ gemeint sein (Polen stehlen und betrügen, Juden sind Wucherer), aber auch positiv (Neger sind stark, Neger sind musikalisch). Sie sehen nicht einzelne Menschen und Persönlichkeiten, sondern nur Gruppen von Menschen, die mehr oder weniger Wert sind (Verstoß gegen Art. 1 des GG). Ausländerfeindlichkeit ist ein „rein“ deutscher Begriff, der allerdings das Wort Rassismus verharmlost und verdreht. Denn die Nazis fragen einen

Türken, Asiaten oder Schwarzafrikaner nicht, ob er Deutscher ist (also einen deutschen Pass hat), bevor sie ihn totschlagen, für sie ist nur wichtig, dass er anders aussieht. Die BRD hat sich nie dem REX gestellt! Der REX ist immer nur eine Wellenerscheinung in den Medien gewesen. Für diese ist er als Sensationsereignis interessant; folglich führte er auch zu Überreaktionen in der Öffentlichkeit. Die Regierung wurde erst gegen die Rechten aktiv, als Investoren in Ostdeutschland abgeschreckt wurden. Zur Frage, ob sich Rechtsradikale in einer Demokratie öffentlich äußern dürfen, sagte er: Gewerbefreiheit heißt auch nicht, dass man mit Drogen dealen darf. Dennoch diskutierte er mit dem anwesenden REP-Gemeinderat A. Dagenbach. „Wo die REPs in den Parlamenten sitzen, muss man sich auch (öffentlich) mit ihnen auseinander setzen“, meinte er. Viele Anwesende waren da aber anderer Meinung! Die SPD-Stadträtin S. Mösse-Hagen verliess aufgebracht den Saal (bei dem Verhalten und den rassistischen Äußerungen von Dagenbach im Gemeinderat nur zu verständlich) und Dorothea Braun-Ribbat, Leiterin der VHS, wollte ihn gar nicht zu Wort kommen lassen. Warum wurden Dagenbach und seine vier Gefolgsleute nicht aus dem Saal verwiesen? Der Veranstalter hätte dazu die Möglichkeit gehabt. Muss man sich die Selbstdarstellungen, die untergründigen Rechtfertigungen des Nationalismus der REP und den Antikommunismus eines braunen Biedermanns anhören?

(rudi)

<http://www.staedtetag.de/cgi-bin/rechtsinfo/risearch.pl>

Deutscher Städtetag Gegen Ausländerfeindlichkeit - für Toleranz

Hilfsinfo: Rechtsinfo

Volltextsuche:

Übersichtstabelle

| | |
|--------------------------|--|
| Übersichtstabelle | Allgemein (Glossar/Forum/Presse/Archiv/Links) |
| An der Maßnahme | Neuzugang/Präventionsarbeit Diskussionen/Forum/Fachkonferenz (Suche in der Datenbank) |
| Zielgruppe | Allgemeine Öffentlichkeit Gemeinschaften Ausländerfeindliche Organisationen |
| Initiatoren/Maßnahmen | Glossar/Verwaltung Ausländerfeindlichkeit/Beauftragte Initiatoren/Maßnahmen |
| Ausrichtung der Maßnahme | Glossar/Verwaltung Ausländerfeindlichkeit/Beauftragte Initiatoren/Maßnahmen |
| Zielsetzung | Information/Erziehungsarbeit Merkmalisierung von Ausländerfeindlichkeit Schulung von Führungskräften Schulung von Führungskräften Schulung von Führungskräften |
| Größe | Unter 25.000 EW 25.000 bis 50.000 EW 50.000 bis 100.000 EW Über 100.000 EW |
| Land | Baden-Württemberg Bayern Berlin |

Ein interessanter Link gegen Rechts

Der Deutsche Städtetag hat eine über die Internetadresse www.staedtetag.de/cgi-bin/rechtsinfo/risearch.pl öffentlich zugängliche Datenbank angelegt. Die Redaktion der Datenbank schreibt dazu:

„Grundlage der Datenbank sind Publikationen über Aktivitäten und Initiativen zur Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit und Gewalt, an denen die unmittelbaren Mitgliedstädte des Deutschen Städtetages beteiligt sind oder waren. Im August 2000 sind die Städte durch den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages gebeten worden, entsprechende Dokumente der Hauptgeschäftsstelle zum Aufbau dieser Dokumentation zur Verfügung zu stellen. Die Datenbasis wird laufend durch neu eingetroffene Dokumentationen erweitert. Die Aktionsbeschreibungen werden in unveränderter Form in den Informationspool aufgenommen. Wir bitten weitere Informationen in Form von Broschüren, Erfahrungsberichten, Handreichungen etc. zu übersenden an:

Deutscher Städtetag, Bibliothek, Postfach 510620, 50942 Köln
Tel.: (0221)3771264; E-Mail: martin.jansen@staedtetag.de
Für Kritik und Anregungen zur Dokumentation stehen wir unter der gleichen Adresse zur Verfügung.“

Gefunden in der Link-Sammlung von www.kommunales.org

Viel beschworener Konsens brüchig – ÖgG abgestraft

KÖLN. Auf der Ratssitzung im Dezember waren die Vergabekriterien für die Gelder des Aktionsprogramms gegen Intoleranz und Rechtsextremismus – immerhin 1,716 Mill. DM – festgelegt worden. Eine Kommission aus CDU, FDP, SPD, Grüne und Ausländerbeirat erarbeitete eine Vorschlagsliste, die jetzt auf der Ratssitzung am 1. Februar zur Verabschiedung vorlag. 37 von 110 eingereichten Projekten fanden die Zustimmung der Jury.

„Was sich da in der Vergabekommission abgespielt hat, ist schon ein kleiner Skandal“, so Jörg Detjen, Ratsherr der PDS in seinem Redebeitrag. Im Nachgang zur Sitzung des Gremiums hatten sich FDP, CDU und Grüne darauf geeinigt, das Projekt des Vereins „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (ÖgG) mit einem Sperrvermerk zu versehen. Begründet wird dies mit einem angeblichen Verfahren gegen den „Ordnungsleiter“ der Demonstration gegen den Naziaufmarsch am 9.12. Weder ist bisher ein Verfahren tatsächlich eröffnet, noch ist der Verhaftete Mitglied von ÖgG. Mit der gleichen Berechtigung könnte man die Streichung der Fraktionsgelder für die FDP fordern, so Detjen, die waren schließlich auch Mitveranstalter. Die SPD beantragte die Aufhebung des Sperrvermerks, die Grü-

nen – woher der plötzliche Sinneswandel? – auch. Geeinigt wurde sich auf den Antrag der CDU, dass bei der nächsten Sitzung des Hauptausschusses die Verwaltung über den Stand des Verfahrens gegen den „Ordnungsleiter“ berichtet und dann dort entschieden wird.

Der „anständige Aufstand gegen rechts“ am 9.12. ist CDU und FDP suspekt, das war in der Debatte deutlich spürbar, formierte sich doch hier Widerstand ganz unterschiedlicher, demokratischer und linker Spektren, die sich nicht auseinanderdividieren ließen. Denen auch noch Geld zu geben für antirassistische Arbeit, die sich gegen eigene Positionen richten könnte, schmerzt.

Unverständlich auch, warum die SPD-Fraktion die große gemeinsame Aktion beschwört, und deshalb die eigenen Bauchschmerzen bei manchem geförderten oder herausgefallenen Projekt zurückstellen will, wie Frau Herterich erläuterte. Genauer Hingucken wäre genau das Richtige gewesen.

Unter Position 59 z.B. kommt einer Gruppe „Solidaritätsbund der Deutschen türkischer Herkunft“ ein Posten von 11000 DM zugute. Antragsteller ist der Vertreter der Gruppe „Mevlana“ im Ausländerbeirat, eine Allianz rechts ausgerichteteter Türken. Mit Geldern gegen



Rechts soll türkischer Nationalismus gepflegt werden. Dazu reichte folgende Begründung aus: „Vorgesehen ist eine gemeinsame Veranstaltung mit verschiedenen Kulturzentren in ähnlicher Form wie das von der CDU Porz im Frühjahr 2000 veranstaltete Integrationsfest. Auf dieser Veranstaltung ist keine Diskussion erwünscht, sondern die Gäste sollen sich untereinander unterhalten.“

100000 DM gehen an den Fußballverband Mittelrhein, der mit 296243 Mitgliedern und 7971 Mannschaften sicher durchaus in der Lage wäre sich selbst zu finanzieren.

Die CDU-nahe Jakob-Kaiser-Stiftung wurde mit 45000 DM bedacht, Antrag-

Gegen den Ausschluss des Antidiskriminierungsbüros aus der Förderung protestiert Gabriele Metzner, „Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.“ (stellvertr. Vorsitzende)

Verwaltung grenzt Antidiskriminierungsbüro aus

KÖLN. Unabhängiges Kölner Antidiskriminierungsbüro verdient keine Förderung? Interkulturelle Arbeit ist nicht gegen Rechtsextremismus gerichtet?

„Diese Mittel dienen der gezielten Unterstützung von Projekten und Aktivitäten im Rahmen des Aktionsprogramms ...“ Es sollen gefördert werden „regelmäßige Maßnahmen mit nachhaltiger Wirkung“ (2/3 der Mittel), bei „Meßbarkeit des Erfolgs“, und bei Erkennbarkeit als „Maßnahme gegen Rechtsextremismus“. Diese Vorlage von CDU, FDP und den Grünen vom 8. Dezember 2000 wurde vom Rat mehrheitlich angenommen. Am 22. Januar entschied die Vergabekommission beim OB: Ein Großteil der Antragsteller wurde abgelehnt – wegen „nur“ interkultureller Arbeit (s. Kölner Stadtanzeiger vom 23. Januar).

Dieser Widerspruch derselben Fraktionen zwischen ihrer Entscheidung und ihren eigenen Vergabekriterien springt ins Auge. Was hat sich nach dem 8.12. geändert?

Kann es sein, dass Ratspolitiker Nach-

hilfe in Sachen „Antidiskriminierung“ und Prävention gegen Rechtsextremismus brauchen, sogar aus den Reihen der eigenen Verwaltung? Diese hatte vorher die Notwendigkeit des städtischen Antidiskriminierungsbeauftragten wie folgt begründet: „Für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben brauchen sozial benachteiligte Menschen Lebenschancen ohne Diskriminierung. Besondere Gleichstellungs-, Integrations- und Antidiskriminierungsmaßnahmen sind dafür erforderlich“.

Ebenso sollten „interkulturelle Trainingsmaßnahmen“ für Mitarbeiter der Stadtverwaltung, für Kindertagesstätten, Schulen und Jugendzentren entwickelt werden. Hat das niemand verstanden oder soll Köln durch ein oberflächliches Verständnis von sinnvollen, nachhaltigen Maßnahmen gegen Rechts bundesweit blamiert werden?

Oder gilt diese Definition im Rahmen des Maßnahmenprogramms „...gegen Rechtsextremismus“ nur für die Aufgaben der neu geschaffenen städtischen Stellen, nicht aber für freie Träger? Wie, bitte schön, sollte denn deren Arbeit gegen Rechtsextremismus gerichtet und gleichzeitig regelmäßig und nachhaltig sein – ohne sich für eine Stärkung und Akzeptanz derjenigen Menschen einzusetzen, die von Rechtsextremen buchstäblich mit Stiefeln getreten werden? Oder kann es sein, dass diese Bestrebungen unabhängiger Stellen politisch nicht mehr gewollt sind? Dass man das schlichte Mittel der finanziellen Verfügungsgewalt benutzt, um „parteilpolitische Suppen“ zu kochen?

(...) Nach der „Abstrafung“ durch die Mitgliedermehrheit in der Vergabekommission ist abzuwarten, wie die Ratsmehrheit sich am 3. Februar verhält. Welche „Argumente“ werden für die Ablehnung angeführt? Wie verhalten sich die Abgeordneten der übrigen Fraktionen, die allesamt den Aufruf gegen den Nazi-Aufmarsch unterschrieben hatten?

Herrscht jetzt Angst vor der eigenen (Zivil-)Courage oder hat sich der politische Wind nach der Macht gedreht? •

→ steller: CDU-Ratsherr Richard Blömer. Die Stiftung ist zwar in Köln eingetragen, hat aber ihren Sitz in Königswinter.

Unter den Tisch gefallen sind dagegen solche Anträge wie eine „Dokumentationsstelle gegen Rechtsradikalismus“, die gemeinsam vom Jugendclub Courage, der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes – Bund der Antifaschisten, der Antifa K und den DellbrückerInnen gegen Rechts beantragt worden war. Diese Gruppen wollten ihre Archive zusammenführen, um aktuell und kompetent über neonazistische Strukturen in Köln und Umgebung informieren zu können. „Das Konzept einer systematischen Sammlung aller Materialien zum Rechtsradikalismus, insbesondere im Hinblick auf öffentliche Aufklärung, als Anlaufstelle für politische Mittler und als Basis für Schülerprojekte finde ich sehr überzeugend und unterstützenswert“, hatte Prof. Matzerath vom NS-Dokumentationszentrum dazu geschrieben und darauf hingewiesen, dass die Materialien des Verfassungsschutzes immer nur einen begrenzten Ausschnitt bieten und das NS-Dokumentationszentrum auf diesem Gebiet keine tieferreichende Kompetenz beansprucht. Zunächst hieß es, der Antrag sei positiv bewertet worden und werde mit 60000 DM gefördert. In der endgültigen Liste, die zur Ratssitzung vorlag, fand sich unter dem gleichen Posten ein weiterer Antrag des Jugendclub Courage für ein antirassistisches Beratungsprojekt. In diesem Falle also kein Sperrvermerk, sondern von vornherein nicht gewollt.

Vor wenigen Tagen wurde vom Innenministerium NRW bekannt gegeben, dass sich die rechtsextremen Straftaten in NRW im vergangenen Jahr – ähnlich wie auf Bundesebene – verdoppelt haben. Die Ratsmehrheit zeigt sich davon unbeeindruckt:

„Das nächste Mal machen wir ein Aktionsprogramm gegen Links“ – rief FDP-



Fraktionsvorsitzender Rolf Sterck beim Beitrag der PDS. Zustimmunges Gelächter im Saal... u.b.

MieterInnen erfolgreich. FRANKFURT A.M. Der Aufsichtsrat der Hellerhof AG, einer Tochter der kommunalen Wohnungsholding, beabsichtigte zum Jahresbeginn die Mieten um 30 % zu erhöhen. Die öffentliche Diskussion des Votums des Kommunalparlaments, das eine Beschränkung auf 15 % vorgesehen hatte, bewegte OB Roth und Finanzdezernent Glaser schließlich, ihre Entscheidung im Aufsichtsrat zu revidieren. Dies zeigt, dass die Reste eines kommunalen Wohnungswesens verteidigungswert sind. *Frankfurter Info Nr. 3, 9.1.01*

Erbbaurechte. MÜNCHEN. Die SPD-Stadträtinnen Lindner-Schädlich und Jahn haben beantragt, ein Finanzierungsmodell für den Mietwohnungsbau auf der Grundlage von Erbbaurechten an städtischen Grundstücken zu erarbeiten. „Der Münchner Mietwohnungsbau wird derzeit fast ausschließlich durch staatliche und städtische zinslose Baudarlehen ermöglicht. Um für Investoren einen Anreiz zum Bau von Mietwohnungen auch ohne diese begrenzten Fördermittel zu schaffen, müssen in München zusätzliche wirtschaftliche Anlageformen angeboten werden. Dies könnte z.B. durch Bereitstellung städtischer Flächen des Münchner Modells im Erbbaurecht geschehen. Der übliche Erbbauzins-Prozentsatz liegt unter den Zinssätzen des Kapitalmarktes und erleichtert so die Finanzierung“, heißt es in der Begründung.

Münchner Lokalberichte Nr. 3, 8.2.01

Immer mehr Bürokratie? BERLIN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund wendet sich entschieden gegen die Pläne der Bundesregierung, zur Grundsicherung für ältere Menschen und Erwerbsunfähige Grundsicherungsämter auf kommunaler Ebene als eigenständige Behörde neben den Sozialämtern einzurichten. „Dies bedeutet einen eklatanten Eingriff in die kommunale Organisationshoheit und bedeutet mehr Bürokratie und zusätzliche Kosten“, kritisierte das Geschäftsführende Präsidialmitglied des DStGB, Dr. Gerd Landsberg. Überhaupt nicht nachvollziehbar sei insbesondere, dass die Kommunen bisher keine Gelegenheit erhalten haben, zu diesen Plänen offiziell Stellung zu nehmen. Die Pläne der Koalition sehen vor, dass auf kommunaler Ebene Grundsicherungsämter eingerichtet werden, die Grundsicherungsleistungen an über 65-Jährige und Erwerbsgeminderte gewähren. „Damit wird eine eigenständige, von den Sozialämtern neue organisatorische Einheit aufgebaut. Für diese neuen Ämter entstehen neue Verwaltungskosten und außerdem müsste neues Personal auf kommunaler Ebene eingestellt werden“, so Landsberg. Würden die Überlegungen Gesetz, wäre dies der erste Schritt zu einer kommunal fi-

nanzierten Grundsicherung, befürchtet Landsberg. Es bestehe die Gefahr, dass immer weitere Gründe gefunden werden, bestimmte Personen und Gruppen von den Leistungsprinzipien der Sozialhilfe auszunehmen.

www.dstgb.de

Elternbeiträge. LEIPZIG. Die PDS-Fraktion wird einer weiteren Anhebung der Elternbeiträge in den Kindertagesstätten der Stadt Leipzig nicht zustimmen. Verantwortlich für die höheren Beiträge (in den Kindergärten eine Steigerung um 17,32 DM; Krippen: 21,89 DM; Horte: 19,24 DM) ist die CDU-Landesregierung, die entgegen geltender Gesetzlichkeiten ihre Zuschüsse zu Lasten der kommunalen Haushalte bzw. von Familien mit Kindern senkt. Eine weitere Erhöhung ist mit der geplanten Novellierung des Kindertagesstättengesetzes des Landes Sachsen noch für dieses Jahr zu erwarten.

In den eingemeindeten Ortsteilen fällt die Erhöhung noch dramatischer aus, da sich die betreffenden Gemeinden vorher auf einen niedrigeren Anteil der Elternbeiträge an den Betriebskosten festgelegt hatten als die Stadt Leipzig, die sich schon immer an den Höchstsätzen orientiert hat. Die PDS-Fraktion unterstützt deshalb die Forderung einzelner Ortschaftsräte, innerhalb des Spielraumes einen mittleren Beitragssatz zu wählen. *Informationsblatt linke Kommunalpolitik Nr. 3 – 2001*

Kraft-Wärme-Kopplung. KÖLN. Die 181 ostdeutschen Stadtwerke im Verband kommunaler Unternehmen (VKU) fordern die Einführung einer Quotenregelung zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung. „Wir brauchen dringend ein KWK-Ausbaugesetz, weil sonst unsere Anlagen im Osten in ihrer Existenz gefährdet sind – und damit zugleich viele Arbeitsplätze“, erklärte Eberhard Walter, Geschäftsführer der Stadtwerke Cottbus GmbH und Vorsitzender der VKU-Ost-Landesgruppen. Dieses Gesetz habe für die Stadtwerke im Osten eine besondere Bedeutung: Aufgrund des großen Fernwärmebedarfs gebe es dort viele neue Anlagen, die erst in den letzten Jahren in Betrieb genommen werden konnten, noch lange nicht abgeschrieben seien und bedingt durch das gesunkene Preisniveau auf der Erzeugungsebene eine längerfristige Förderung bräuchten. Vor allem sei ohne den Erhalt und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung eine signifikante Änderung der CO₂-Emissionen nicht möglich. Eine KWK-Quotenlösung mit marktwirtschaftlich organisiertem Zertifikatshandel sei dafür die beste Lösung.

www.vku.de

Zusammenstellung: ulj

Thüringen: Demontage des Personalvertretungsrechts

Kahlschlag im Personalvertretungsrecht – das planen die CDU-Regierung unter Bernhard Vogel und die CDU-Landtagsmehrheit in Thüringen. Zeitgleich wird von der Regierung ein sogenanntes „Personalentwicklungskonzept“ für die öffentliche Verwaltung im Land ausgeheckt, das nichts anderes ist, als ein Plan zum massiven Stellenabbau. Dieser Entdemokratisierungscoup in Sachen Arbeitnehmermitbestimmung ist jedoch nicht das einzige antidemokratische „Überraschungsei“ in diesem ostdeutschen Bundesland. Hinzukommen die geplante Demontage demokratischer Rechte in der Geschäftsordnung des Landtages und der (juristische) Kampf gegen ein vermutlich erfolgreiches Volksbegehren der Bürgerinitiative „Mehr Demokratie e.V.“.

Arbeitnehmer-Mitbestimmung ade

Scheinbar unschuldig rechtsstaatlich kommt er daher, der Vorschlag auf Änderung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes (PersVG). Man müsse es überarbeiten, um ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1995 umzusetzen. Das Personalvertretungsrecht des öffentlichen Dienstes als Gegenstück zum Betriebsverfassungsrecht der freien Wirtschaft stand noch nie im Ruf, besonders demokratisch zu sein. Die Richter in Karlsruhe stärkten aber mit ihrem Urteil eher die Überreste des „wilhelminischen Geistes“ der öffentlichen Verwaltung. Sie erklärten das Letztentscheidungsrecht der Einigungsstelle bzw. das Mitbestimmungsrecht des Personalrates in wichtigen Fragen, gerade solchen, in denen das hoheitliche Handeln des Staates betroffen ist, z.B. bei Kündigungen, für verfassungswidrig. So soll die Einigungsstelle in diesen Bereichen nur mehr Empfehlungen aussprechen können. Und der Personalrat als Kollektivgremium, besetzt mit Arbeitnehmern, dürfe in hoheitliches Handeln nicht eingreifen. Ihm fehle die (staatlich) demokratische Legitimation. Diese habe nur der entscheidungsbefugte Dienstvorsetzte. – Eine sehr hierarchische Vorstellung von Verwaltung. Doch selbst im Regelungsbereich Mitbestimmung, der vom Urteil betroffen ist, gehen die CDU-Pläne weit über das Notwendige hinaus. So sollen auch Tatbestände der innerdienstlichen Arbeitsorganisation, z.B. Einführung von Arbeitsmethoden und Datenerhebung bei Mitarbeitern, für die das Gericht weiterhin die volle Mitbestimmung für zulässig hält, auf die Stufe bloßer Mitwirkung herabgedrückt werden. Und noch brisanter: dies gilt auch für Fragen

der Umstrukturierung und Privatisierung. Und die CDU-Regierung nimmt nun das Urteil zum Anlass, auch in anderen Bereichen des Personalvertretungsrechts zum Kahlschlag auszuholen. So soll die Mindestanzahl von Beschäftigten für die Bildung eines Personalrates von 5 auf 10 Arbeitnehmer heraufgesetzt werden (gilt auch für Auszubildendenvertretungen). Das bedeutet in einem Land mit ca. 2,4 Mio. Einwohnern und einer großen Anzahl kleiner Gemeinden, dass der kommunale Bereich der Verwaltung in weiten Teilen mitbestimmungsfrei werden würde. Hinzukommt, dass die bisherige Höchstzahl von 25 Personalräten pro Gremium auf etwa die Hälfte gesenkt wird. Bei größeren Verwaltungseinheiten käme dann auf die verbliebenen Personalräte eine sehr große Arbeitsbelastung zu. Außerdem soll die Anzahl der Freistellungen erheblich gekürzt werden. Das schwächt nach Aussagen von Gewerkschaftern vor allem den Einfluss und die kontinuierlichen Arbeitsmöglichkeiten ihrer Organisationen im öffentlichen Dienst. Zumal der Organisationsgrad in diesem Bereich nicht besonders hoch ist.

Schlanker Staat – um jeden Preis

Auf den ersten Blick erscheint es vielleicht unverständlich, dass sich eine Landesregierung erst fünf Jahre Zeit lässt, um auf ein BVerfG-Urteil zu reagieren. Doch der Zeitpunkt macht Sinn – für die CDU-Landesregierung. Denn bei ihr ist – wie erwähnt – schon seit längerer Zeit das „Personalentwicklungskonzept“ in der Mache, das zu einer „Verschlankung“ des Staates beitragen soll. In Thüringen werden öffentliche Verwaltung und staatliche und kommunale Einrichtungen umstrukturiert und privatisiert, was das Zeug hält. Landeseigene Einrichtungen werden an private „Träger“ verschербelt oder sollen verschербelt werden, was z.B. zur Folge hat, dass zukünftig private Unternehmen im Auftrag des Staates den strafrechtlichen Maßregelvollzug durchführen. Der „wilde Osten“ als Experimentierfeld neoliberaler Modernisierer. Und die gehen vielleicht über Leichen. Kürzlich wurden in Thüringen Kündigungen an über 600 Lehrer und Erzieher verschickt. Gemunkelt wurde über die „Kündigungswelle“ schon einige Zeit. Eine Grundschullehrerin aus einer Kleinstadt bei Erfurt zerbrach offensichtlich unter dem Druck und nahm sich – zwei Tage, bevor sie erfahren hätte, dass sie nicht betroffen gewesen wäre – das

Leben. Offiziell heißt es, das Motiv ergebe sich nicht eindeutig aus dem vorhandenen Abschiedsbrief, im übrigen habe die Lehrerin Beziehungsprobleme gehabt. Angesichts solch rüden Vorgehens lässt (gewerkschaftlicher) Widerstand nicht lange auf sich warten. Da macht eine Demontage des Personalvertretungsrechts sehr viel „Sinn“. Gewerkschaften und Personalräte sind dabei, Widerstand gegen die CDU-Pläne zu mobilisieren. Sie hoffen dabei auch auf die Opposition im Landtag. Die PDS hat auch schon Unterstützung signalisiert. Protestaktionen sind in Planung. Denn wenn die Gesetzesnovelle des PersVG durchkommt, wird es für die Betroffenen noch schwieriger werden, den neoliberalen „Umbau“ der Strukturen des öffentlichen Dienstes in Thüringen aufzuhalten. Dass aber die CDU-Mehrheit demokratische Auseinandersetzungen um politische Themen sehr lästig findet, zeigen ja auch ihre Pläne zur Geschäftsordnung des Landtages und der Umgang mit dem Volksbegehren – bis hin zu Disziplinarmaßnahmen für Bürgermeister, die das Begehren unterstützen ... Demokratie à la CDU.

(sas)

Für eine moderne Betriebsverfassung

Sindelfinger Appell

Sicherlich war auch Wahlkampf dabei, aber der DGB-Vorsitzende Bliesener kritisierte nicht nur die Landesregierung für ihren Konfrontationskurs, sondern fand auch deutliche Worte an die rot-grüne Regierung. Wir dokumentieren den von den über 1000 Betriebsräten und Vertrauensleuten verabschiedeten Appell:

Nach fast 30 Jahren ist eine Reform der Betriebsverfassung längst überfällig. Daher begrüßen wir die Vorschläge des Referentenentwurfes des Bundesarbeitsministeriums zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes. Sie sind eine gute Grundlage zur Anpassung und Modernisierung der gesetzlichen Bestimmungen.

Wir begrüßen die Schaffung moderner Betriebsratsstrukturen, die der Erosion der betrieblichen Mitbestimmung entgegenwirken.

Wir erwarten, dass die organisationsrechtliche Zuordnung von Betrieben durch Tarifverträge geregelt wird und nicht durch Betriebsvereinbarungen. Eine Aushebelung der Tarifvertragsparteien und die Aufweichung des Tarifvorzuges lehnen wir ab.

Wir begrüßen, dass die Bildung von Betriebsräten erleichtert wird. Das erleichterte Wahlverfahren in Klein- und Mittelbetrieben ist ein Beitrag, mehr Betriebsräte in diesem Bereich zu gründen.

Allerdings sollte die Grenze für das erleichterte Wahlverfahren nicht bei 50, sondern bei 100 ArbeitnehmerInnen liegen. Ein Mindestquorum bei Betriebs-

ratswahlen lehnen wir grundsätzlich ab.

Wir begrüßen die Einbeziehung neuer Beschäftigungsformen in die Betriebsverfassung. Neben den LeiharbeiterInnen und den TelearbeiterInnen sollten auch WerkvertragsarbeitnehmerInnen und arbeitnehmerähnliche Personen mit einbezogen werden.

Wir begrüßen die verbesserten Arbeitsmöglichkeiten des Betriebsrates, insbesondere durch die Möglichkeit, mehr Betriebsratsmitglieder zu wählen, sowie Freistellungen und Teilfreistellungen bereits in Betrieben ab 200 Beschäftigten zu ermöglichen.

Die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte müssen weiter gestärkt werden.

Wir erwarten ein echtes und uneingeschränktes Mitbestimmungsrecht bei der Qualifizierung der Beschäftigten und bei Gruppenarbeit und Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung.

Wir erwarten Mitbestimmungsrechte bei Konzepten, die auf eine Veränderung der Arbeitsprozesse und -ergebnisse in Betrieben und Verwaltung ausgerichtet sind.

Wir erwarten ein generelles Mitwirkungsrecht bei befristeten Einstellungen, sowie ein Anhörungs- und Widerspruchsrecht vor Auslaufen der befristeten Beschäftigung, damit mehr befristet Beschäftigte in eine unbefristete Beschäftigung übernommen werden.

Wir erwarten einen verbrieften Unterlassungsanspruch des Betriebsrates zur Abwehr von einseitig begonnenen Maßnahmen von nicht endgültig verhandelten Betriebsänderungen.

Wir erwarten ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei der Beseitigung von Benachteiligungen von Frauen im Erwerbsleben und Maßnahmen zur Herstellung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern.

Wir erwarten eine deutliche Stärkung der Arbeitsfähigkeit und der Rechte der Jugend- und Auszubildendenvertretung.

Wir fordern von der Bundesregierung und den im Bundestag vertretenen Parteien eine wirkliche Reform für ein modernes Betriebsverfassungsgesetz, die nicht hinter die Positionen des Referentenentwurfes des Bundesarbeitsministeriums zurückfällt.

Wir fordern die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, die von ihr in den Bundesrat eingebrachte Entschließung zurückzuziehen und sich den Referentenentwurf des Bundesarbeitsministeriums zu eigen zu machen und sich für eine Stärkung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte, sowie der Verbesserung der Arbeitsgrundlagen von Betriebsräten einzusetzen.

Adressaten dieses Appells sind: die Bundesregierung, die Fraktionen des Deutschen Bundestages, die Landesregierung Baden-Württembergs, die Fraktionen des Baden-Württembergischen Landtages, die Spitzenkandidaten zur Landtagswahl in Baden-Württemberg

Gewerkschaften bekämpfen Verfall von Überstunden, unbezahlte Mehrarbeit und Flexibilisierung bis zum Umfallen

Arbeiten ohne Ende? – HBV startet breite Kampagne

STUTTGART. Letzte Woche kamen fast hundert Betriebs- und Personalräte der HBV-Bezirksverwaltung zusammen, um gemeinsam zu beraten und den Kampf gegen die Misere der Überstunden und der Flexibilisierung ohne Ende aufzunehmen.

Von fast allen Betriebsräten wurde bestätigt, dass viele ihrer Arbeitgeber regelmäßig gegen die von ihnen mit unterzeichneten Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge verstoßen.

Im Rahmen der von hbv gestarteten Kampagne werden die Betriebsräte sie an ihre Verpflichtungen erinnern – und wenn das nicht hilft, werden sie zu schärferen Mitteln greifen. „Wir können auch anders“, war zu hören. Denn es gab auch einzelne positive Beispiele, wie „Zustände“ wieder verbessert werden können.

Im Rahmen ihrer Kampagne „Deine Zeit – Dein Geld“ werden die in hbv organisierten Betriebsräte an einem Strang

ziehen, bestens unterstützt durch ihre Gewerkschaft.

Die von hbv Stuttgart für alle Fachbereiche ab Februar gestartete Kampagne hat folgende wesentlichen Ziele:

1. Alle geleistete Arbeit muss vergütet werden.
2. Die Arbeitszeit muss kalkulierbar sein.
3. Der Gesundheitsschutz muss vorbeugend aufgebaut werden.

Bernd Riexinger, Geschäftsführer der HBV-Bezirksverwaltung, stellte fest: „Wir wollen nichts Besonderes. Wir wollen dass das, was vertraglich vereinbart wurde, auch eingehalten wird! Wenn es die Arbeitgeberseite, oder Teile von ihnen, nicht mehr nötig haben, sich im Rahmen unserer demokratischen Ordnung an die bewährten Spielregeln zu halten, dann werden wir daraus die Konsequenzen ziehen. Jede Geduld und jeder gute Wille hat ein Ende.“

Ergebnis einer HBV-Umfrage bei Banken und Bausparkassen in der Region Stuttgart zu Arbeitszeit und Beschäftigungssituation

Grundlage unserer Studie sind 25 ausgewertete Fragebögen, die wir von 51 verschickten zurück bekamen (zum Teil wurden auch Interviews mit den Betriebsräten geführt). Insofern kann für die HBV-Bezirksverwaltung von einer Repräsentativität ausgegangen werden. Die angeschriebenen Banken und Bausparkassen sind charakterisiert durch ihren Kontakt zur HBV, das Vorhandensein eines Betriebs- oder Personalrats und der lokalen Eingrenzung. Mit dabei sind Privatbanken, öffentliche Banken, Bausparkassen und Genossenschaftsbanken und dies mit einer Beschäftigtenzahl, die von 34 bis 3.297 reicht. Insgesamt vertreten die Betriebs- und Personalräte 14.774 Beschäftigte in den 25 Firmen.

• Das Verhältnis von Teilzeit- zu Vollzeit-arbeitsplätzen beträgt 1:5, das heißt, 20% der Arbeitsverhältnisse sind Teilzeit-arbeitsplätze. 1% der Beschäftigten sind geringfügig beschäftigt, 2% haben befristete Arbeitsverhältnisse.

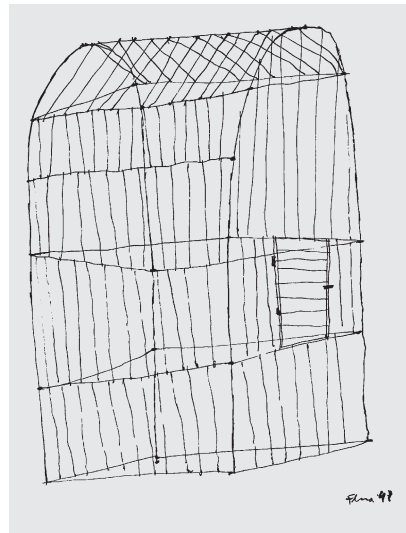
• Zu- und Abnahme der Vollzeitkräfte und der Befristungen ist in gleicher Weise festzustellen; signifikant ist nur die große Zunahme von Teilzeitkräften (13 mal genannt). Zu- und Abnahme von Befristungen hält sich die Waage.

• „Gleitzeit“ ist das überwiegende Arbeitszeitverhältnis (72%). Vertrauensarbeitszeit ist (noch) die Ausnahme (dreimal).

• Bei sechs Banken (mehr als 1/5) ist die Einführung der Vertrauensarbeitszeit gewünscht, aber bei sieben wird das ausgeschlossen. Man könnte vermuten, dass in diesem Fall (vorsichtig) versucht wird, ein neues Arbeitszeitmodell mittelfristig einzu-

führen. Insgesamt kann man davon ausgehen, dass es in Zukunft noch mehr verschiedene Arbeitszeitmodelle geben wird, die alle das Ziel haben, die Arbeitszeiten zu flexibilisieren – auf die unterschiedlichsten Weisen.

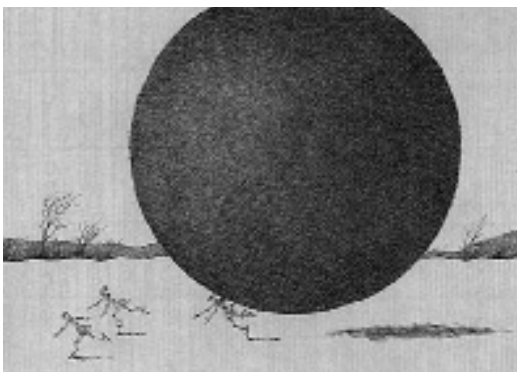
• In 13 von 25 Fällen, also in mehr als der Hälfte der befragten Banken gehören



Mehrarbeit und Überstunden zum Alltag.

- Bei Gleitzeitsystemen ist die Abgrenzung von Überstunden / Mehrarbeit und Gleitzeit besonders wichtig. Bei 15 Banken ist sie kein Problem, wohl aber bei 5. In 13 Fällen werden diese vorher korrekt beim Betriebsrat beantragt; in immerhin acht, also knapp einem Drittel der Banken, gibt es hier ein Problem, d.h. der Betriebsrat wird übergangen.

- In neun Banken verfällt das Gleitzeitguthaben am Ende des Abrechnungszeitraums, bei nur vier Banken ist das ausgeschlossen. Drei Beispiele: In einer großen Bank mit über 3000 Angestellten verfielen im letzten Jahr 19.000 Stunden, davon 15.000 bei Führungskräften. In einer mittleren Bank mit über 200 Beschäftigten verfielen laut Geschäftsführung 160 bis 200 Stunden im letzten Monat. In einer kleinen Bank mit 50 Beschäftigten schätzte der befragte Betriebsrat, dass ungefähr



10 Stunden pro Monat pro Beschäftigter verfallen.

Zusammenfassung: Die Zu- und Abnahme der Arbeitsplätze halten sich die Waage. Auffällig ist aber der starke Anstieg von Teilzeitarbeitsplätzen. Überstunden und Mehrarbeit sollen die Ausnahme sein – auch auf dem Hintergrund der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit. Insofern ist es erschreckend, dass Überstunden und Mehrarbeit bei mehr als der Hälfte der Banken zum Alltag gehören. Das Bild des „Bankbeamten“; wie man ihn aus Karikaturen

kennt, der pünktlich seinen Schalter schließt und Feierabend macht, stimmt schon lange nicht mehr mit der Realität überein. Sowohl was Länge des Arbeitstages und die Unberechenbarkeit der Arbeitszeit angeht, sehen wir ein (zu) hohes Maß an Flexibilität. Und: Es wird Geld und Zeit verschenkt, da es immer noch (Gleitzeit-) Arbeitszeitregelungen gibt, bei denen Arbeitsstunden verfallen. •

Zum Schluss das Letzte:

Banken in Not wegen Eurobargeldeinführung ?

Die Bankenverbände veranstalten zur Zeit ein öffentliches Trommelfeuer, um Steuergelder für den bevorstehenden Umtausch des umlaufenden Bargelds in Euro in die Taschen der Bankaktionäre zu leiten. Dabei sind sie es doch, die mit der Euroeinführung Personal- und Sachkosten in erheblichem Umfang einsparen, da sich die Zahl der gängigen Währungen auf einen Schlag erheblich verringert.

Die Banken tun so, als handle es sich um eine Währungsreform wie 1948 oder wie 1990 beim Umtausch der DDR-Mark und prophezeien kilometerlange Schlangen vor den Bankschaltern. Bei den Filialbanken werden teilweise „Verschickungsaktionen“ geplant: Mitarbeiter der Verwaltungen sollen als Aushilfskassierer eingesetzt werden. Gute Zeiten für Umtausch gefälschter Scheine! Den Vogel schoß dieser Tage der EU-Währungskommissar Pedro Solbes ab, indem er die Befürchtung in Umlauf setzte, daß die Bankgebäude möglicherweise dem Gewicht der nationalen und Euro-Münzen nicht standhalten würden.

Weniger bekannt ist, daß die deutschen Banken bereits an Arbeitsschutzämtern, Landes- und Bundesregierung mit dem Ansinnen herantreten sind, das Arbeitszeitgesetz wegen der Euroeinfüh-

rungsaktion vorübergehend außer Kraft zu setzen. Insbesondere die Regeln maximal 10 Stunden Arbeit am Tag, mindestens 11 Stunden Ruhezeit zwischen zwei Schichten, stören sie schon seit langem. Auch an Sonn- und Feiertag sollen die Schalter zum Umtausch geöffnet werden.

Das Kultusministerium in Hessen will die Euro-Notstandsaktion auch nach Kräften unterstützen und hat in einem Brief an die Schulämter dazu aufgefordert, die Auszubildenden im Bankgewerbe zwischen Dezember 2001 und Februar 2002 vom Unterricht in den Berufsschulen freizustellen. Sie sollen bei diesem historischen Ereignis hautnah dabei sein und für ihre Auszubildendenvergütung das Bargeld aus den Tresoren an die Schalter schleppen. Das Ministerium schlägt zwar vor, den Unterricht zu anderen Zeiten nachzuholen. Da dieser aber als Blockunterricht organisiert ist und die Azubis der verschiedenen Jahrgänge und Klassen die Blöcke nacheinander absolvieren, besteht diese Möglichkeit überhaupt nicht. Im Ergebnis wird das Schuljahr für die Betroffenen je nach Schulklasse zwischen 15 % und 40 % verkürzt. Aber wozu braucht man überhaupt Berufsschulunterricht. Werden die Bankazubis von den roten Lehrern doch nur ideologisch irregeleitet. gst

DIHT fordert gesteuerte Einwanderung.

– HB, Montag, 29.1.2001. – Der DIHT fordert eine am Bedarf der Unternehmen ausgerichtete Einwanderungspolitik. Der Fachkräftemangel könne durch bildungspolitische Maßnahmen kurzfristig nicht beseitigt werden, sagte DIHT-Vizepräsident F. Niethammer. Die Einwanderungskontingente sollten kontinuierlich den Veränderungen am Arbeitsmarkt angepasst werden. Qualifizierte Einwanderer und ihre Familien brauchten die Perspektive eines unbefristeten Aufenthalts. Ferner müssten Bildungspolitik und Einwanderung einander ergänzen. Dazu seien ein Bleiberecht für Studenten und weitere Reformen im Hochschulbereich notwendig, etwa die Verkürzung der Studienzeiten, die Auswahl der Bewerber durch die Hochschulen, ein internationales Marketing, Studiengebühren und weltweite Kooperationen mit Partneruniversitäten.

BDA will nur Grundentgelt im Tarifvertrag regeln.

– D. Hundt, BDA-Präsident, kündigte an, er werde „bis zum letzten Tag auf allen Ebenen und an allen Fronten“ kämpfen, damit die Reform des BetrVG nicht Gesetz werde. Hundt forderte eine neue Ausrichtung der Tarifpolitik in Richtung „mehr Vielfalt und weniger Einheitsbrei“. Bezogen auf das Einkommen hieße das, dass der Tarifvertrag lediglich Grundentgelte regeln solle. Darüber hinaus müsse er „elastische Rahmen“ für betriebliche Vereinbarungen über erfolgs- und leistungsabhängige Zahlungen enthalten. Der Arbeitgeberpräsident wies Forderungen des DGB zurück, im Rahmen des Bündnisses für Arbeit noch dieses Jahr ein Viertel der regelmäßigen Überstunden abzubauen. Überstundenabbau gelinge nur mit Langzeit- und Lebensarbeitszeitkonten, wie sie im Bündnis vereinbart worden seien.

Rechte Gewalt verunsichert Wirtschaft.

– HB, Donnerstag, 8.2.2001. – M. Fuchs, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, warnte vor einer Beschädigung des Deutschlandbildes im Ausland und sieht bereits Auswirkungen auf ausländische Investitionen. Die Personalchefs von Firmen in Ostdeutschland klagen immer offener darüber, dass sie ausländisches Personal kaum noch in die neuen Länder versetzen oder vermitteln können. Vor allem wolle selten noch jemand, dem man die ausländische Herkunft ansieht, mit seiner Familie in den Osten ziehen. Eine Studie des Forsa-Instituts sagt, jeder zweite Jugendliche im Osten (46 %) sei der Meinung, dass es in Deutschland zu viele Ausländer gebe.

Presseauswertung: rst

Als „Information des Bundesgeschäftsführers“ gibt's künftig monatlich **Beiträge und Informationen zur Programmdebatte**. Die erste Ausgabe ist erschienen und enthält folgende Beiträge:

- Programmdebatte offensiver führen (Bernd Ihme)
- Beschluss des Parteivorstandes vom 8. Januar 2001
- Bericht von der Tagung der Programm-Kommission
- Beiträge zur Diskussion: Bischoff/Nick/Steinitz: Sozio-ökonomische Rahmenbedingungen und Entwicklungstendenzen für eine Reformstrategie der PDS – Zur Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus
- Literaturhinweise
- Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Aus Zuschriften zur Programmdebatte.

Das Produkt kann von der Internetseite der PDS (www.pds-online.de) heruntergeladen werden.

Die von etwa dreissig Leuten besuchte **Kreismitgliederversammlung der PDS München** beschloss am 4. Februar mit ungewohnter Einstimmigkeit, bei den Kommunalwahlen Anfang 2002 die Aufstellung einer PDS-Liste anzustreben. In den Wahlkampfmaterialien werde die Liste den Zusatz „offene Liste“ tragen. In der Diskussion offenbarten sich weitreichende Meinungsverschiedenheiten über die Rolle der PDS im Parteienggefüge der BRD. Will die eine Seite die PDS vor allem als Kontrastprogramm zu Rot-Grün begründen, argumentiert die andere mit den Verbindungen zwischen den Parteien der Linken und dem Vorrang der Auseinandersetzung mit dem Konservatismus bzw. der Rechten.

Inhaltlich lag ein Antrag „Interkulturelle Solidarität als politische Aufgabe“ vor, der mit großer Mehrheit angenommen wurde (dokumentiert unter: www.kommunales.org).

Der Landesparteitag der **PDS Bayern diskutierte am 10. Februar in Nürnberg** über anstehende Aufgaben. Als Anlage zu einer Schwerpunkt-Resolution wurde mit großer Mehrheit der folgende Text beschlossen.

Betrifft: Interkulturelle Solidarität

Beschluss:

Der Landesparteitag der PDS Bayern protestiert gegen die fortdauernden Versuche, die Entwicklung interkulturellen Zusammenlebens in Deutschland durch Werbung für eine deutsche Leitkultur zu belasten.

Die PDS Bayern erkennt nicht, dass dieser Ungeist aus vielen und sehr verschiedenen politischen Parteien und La-

gern heraus kritisiert wird. Es gibt gelebte interkulturelle Solidarität und Kritik des Rassismus. Woran es fehlt sind politische Initiativen: Für ein Paket von Gesetzen zur Sicherung der Menschenrechte und zur politischen Gleichstellung aller Menschen, die hier leben.

Begründung:

Die Empörung einer breiten Öffentlichkeit über die rassistischen und ausländischerfeindlichen Gewalttaten darf nicht darüber hinwegtäuschen: Die Unionsparteien und besonders die CSU wollen die Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich ohne deutschen Pass in der Bundesrepublik aufhalten, zum Wahlkampfthema machen.

Wir protestieren und wir warnen: Wer im Wahlkampf ganzen Bevölkerungsgruppen Rechte des Aufenthalts oder der Teilhabe am sozialen Leben abstreiten will, verletzt die Menschenwürde. Nazibanden müssen sich dadurch bestärkt fühlen. Wir sehen einen Zusammenhang zwischen den von der Union vom Zaun gebrochenen Debatte um den Vorrang einer deutschen Leitkultur und der Fortdauer, ja Zunahme der rassistischen Verbrechen.

Deutsche Leitkultur soll ja eingefordert werden angesichts der kulturellen Vielfalt, die sich in Deutschland entwickelt hat. Hier wird ein aktiver Angriff auf ein in vielen Bereichen, besonders im Arbeitsleben und in den Gewerkschaften, entwickeltes Zusammenleben geführt, mit dem Ziel, es zu zerstören.

Das arrogante Selbstbild, das andere Kulturen zu unterlegenem stempelt, wirkt sich auch auf die Beziehungen zu anderen Staaten aus. In den weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhängen beanspruchen ja bei weitem nicht alle Kulturen den Vorrang einer Leitkultur. In sehr vielen Ländern ist kulturelle Koexistenz ein Muss und Gleichberechtigung existenznotwendig, und Beispiele für Bürgerkriege, die sich aus kulturellen Leitansprüchen entwickeln, gibt es viel zu viele.

Was heißt denn Leitkultur? Das renommierte Allensbacher Meinungsforschungsinstitut veröffentlichte im April vorigen Jahres in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dass mehr als 60% der Befragten folgende Frage mit Ja beantworteten: „Ausländer, die in Deutschland leben, sollen sich an der deutschen Kultur orientieren. Natürlich können die Bräuche, Sprache, Religion gepflegt werden, aber im Konfliktfall sollte die deutsche Kultur entscheiden.“

60% sagen dazu Ja! So tief ist in der deutschen Kultur die Vorstellung von Leitung, Führung, Vorherrschaft, von Schluss- und Machtworten eingewurzelt geblieben. Der leidenschaftslose Ton der Formulierung soll den dreist, anmassenden Inhalt verdecken. Denn

wenn es keinen Konflikt gibt, muss sowieso gar nichts entschieden werden, wenn aber etwas entschieden werden muss, gibt es nichts zu verhandeln.

Wenn vereinzelte Menschen, durch gerissene Fragen von Profis bei einer Umfrage auf das Gleis eines schlimmen Vorurteils verschoben werden, ist das eine Sache, wenn aber Parteien, aufgrund strategischer Überlegungen und um irgendwie an die Mehrheit zu kommen, solche Vorurteile aktiv in die Bevölkerung hineintragen, ist politische Abwehr gefordert.

In erster Linie sucht die Union eine Mehrheit. Sie tut so, als könne sie den Menschen, die durch die Globalisierung der Wirtschafts- und Sozialbeziehungen verängstigt sind, die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen ersparen. Dadurch werden die Weichen für einen unfriedlichen Verlauf der unvermeidlichen interkulturellen Auseinandersetzungen gestellt. Überall, wo die Frage des Zusammenlebens falsch aufgeworfen wird, egal ob in der Familie, in der Schule, im Betrieb, in der Gemeinde, in der Politik zwischen den Staaten, wo man nicht fragt: wie wollen und können wir unser Zusammenleben gestalten, sondern: wessen Kultur soll herrschen, wer hat das letzte Wort, dort endet es unfriedlich.

Die PDS in Mecklenburg-Vorpommern strebt eine Superministerien an. Der PDS-Arbeitsminister Holter will auch das Wirtschaftsministerium führen. Die Zusammenlegung der beiden Ministerien ist jetzt möglich, da der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Eggert zur norddeutschen Zentralbank wechselt. Lässt sich die SPD auf diese Forderung ein, wird sie Holter gewaltig unter Druck setzen. Dann wird er eine Karriere machen: Vom Arbeitsminister wird man nicht mehr viel merken. Er wird dann ein Minister für die Wirtschaft.

Die PDS liegt in einer Emnid-Umfrage gut im Trend. Jetzt muss das nie viel heissen, weil die PDS bei Emnid schon oft überdurchschnittlich gut abschnitt, jenseits der Realität. Trotzdem sollte man zur Kenntnis nehmen, dass im Westen 9% der Menschen wissen, dass sich die PDS für soziale Gerechtigkeit einsetzt. Bundesweit 15,3%. 1998 war es nur 10,4%. Trotzdem zeigt die Analyse auch Probleme auf: Unter den Bundestagsparteien hat die PDS mit 91% den höchsten Anteil an Stammwähler, und die werden aber immer älter. Nach Untersuchungen von Emnid wird die PDS nach derzeitigem Stand 2002 von Wählerwanderungen profitieren. Sie würde 3% Wechselwähler abgeben, aber 13% neu gewinnen. – Man wird sehen ...

Zusammengestellt: jöd

„Die Lage für die PKK ist äußerst schwierig“

Du bist gerade aus Südkurdistan (Nord-Irak) zurückgekommen. Welches sind deine wichtigsten Eindrücke von der Situation vor Ort?

Ulla Jelpke: Die soziale Situation ist nach wie vor sehr angespannt, insbesondere im Süden Kurdistans, also im Gebiet der PUK. Obwohl die Kurden seit der UN-Resolution 986 13 Prozent der Öleinnahmen zum Wiederaufbau des im wesentlichen von Saddam Hussein zerstörten Kurdistans verwenden können, also für zerstörte Dörfer, Straßen, Wasser etc. und die Vergabe von Lebensmittelkarten an alle kurdischen Familien, ist die Armut extrem und die Versorgung der kurdischen Bevölkerung kaum gewährleistet. Da die UN die Ausgaben und Projekte für diese Einnahmen kontrolliert, dürfen viele beantragte Maschinen und Geräte nicht ins Land gebracht werden. So haben zum Beispiel die Familien nur wenige Stunden am Tag Energie. Das ist zum einen fruchtbar insbesondere im kalten Winter. Zum anderen besteht dadurch weiterhin eine extreme Abhängigkeit vom Regime Saddam Husseins. Eine eigenständige kurdische Energieversorgung ist ohne weiteres machbar, allerdings sind die Auflagen der UN-Resolution 986 derart, daß keine Güter ins Land verbracht werden dürfen, die militärische Produktionen ermöglichen.

Katastrophal ist die Situation der vertriebenen Flüchtlinge im Land. Erinnerung sei an die diversen Operationen „Anfal“ des irakischen Regimes Ende der 80er Jahre und dann nach dem Golfkrieg. Hunderttausende wurden in diesen Jahren vom Regime Saddam Husseins zum Beispiel aus dem Gebiet Kirkuk deportiert. Wer sich nicht arabisieren läßt, verliert auch heute noch Haus und Hof und wird durch das Regime ohne Habe nach Kurdistan abgeschoben. Das gilt auch für AraberInnen, die mit Kurden verheiratet sind und sich nicht arabisieren lassen wollen, und das bis in die jüngste Zeit.

In den Lagern in den kurdischen Gebieten leben die Menschen unter unvorstellbaren Verhältnissen, Häuser aus Pappe, Plastik und Müll, die bei den winterlichen Winden über den Menschen zusammenbrechen. Kinder und Erwachsene, die bei Schnee barfuß und in Plastikschuhen laufen und deren Kleidung aus Nylonhemdchen besteht, so daß die Kinder steif vor Kälte sind.

Eine simple Aufhebung der UN-Sanktionen gegen den Irak in dieser Situation wäre verhängnisvoll für Kurdistan. Ohne die Sicherheit für die kurdischen Gebiete, die sowieso nach wie vor zum Teil durch Saddam Hussein besetzt sind, ohne die 13 Prozent aus den Öleinnahmen, die auch den Lebensmittelerwerb für die



kurdischen Familien sicherstellen, dürfen die Sanktionen nicht aufgehoben werden.

Du hattest Gespräche mit der KDP und der PUK, siehst du hier die Bereitschaft zu Verhandlungen, ein Aufeinanderzugehen auch in Bezug auf andere kurdische Organisationen?

Die Friedensverhandlungen zwischen PUK und KDP laufen, erste Gespräche haben gerade in Erbil stattgefunden. Auch wenn die Wunden des Krieges, zuletzt von 1998, noch tief sitzen, so ist überall in der Bevölkerung der Wunsch nach Frieden und damit nach Einheit Kurdistans mehr als deutlich. Besonders die PUK ist zu weitreichenden Zugeständnissen bereit. Die PUK verfügt nicht über die Zolleinnahmen wie die KDP, das spiegelt sich auch in der Armut im PUK-Gebiet wieder. Zunächst geht es darum, den Frieden zu besiegeln, das Parlament in Erbil wieder zusammen zu führen, Wahlen in Kurdistan vorzubereiten und die gerechte Verteilung der Zolleinnahmen festzulegen.

Während die PUK nahezu alles geben will, um den Frieden mit der KDP herzustellen, hält sich die KDP bedeckt und spricht von einem längerfristigen Prozeß.

Im Grunde ist den beiden führenden Parteien in Südkurdistan bewußt, dass sie isoliert sind und dass sie keine andere Chance haben, als sich zu verständigen und sich gemeinsam den Problemen zu stellen. Das würde auch für die internationale und europäische Ebene von entsprechender Bedeutung sein.

Da Saddam Hussein nach wie vor die im Kurdengebiet vorhandenen Ölvorkommen ausbeutet und die Furcht vor dem Diktator nach wie vor groß ist, bedarf es der Einheit und der internationalen Unterstützung, vor allem auch vor dem Hintergrund einer möglichen Aufhebung der Sanktionen.

Hinzu kommen die immer neuen Attacken und Übergriffe der Türkei auf Süd-

kurdistan. Als Mittel der Erpressung werden zum Beispiel von der Türkei im Norden des Landes die Einfuhren von PKW und LKW gestoppt, um damit die Zolleinnahmen der KDP zu verringern. Gleichzeitig ist die Militärpräsenz der Türkei im Süden der angeblichen UN-Schutzzone praktisch zum Alltag geworden. Das türkische Militär führt hier offenen Krieg gegen die PKK.

Wie schätzt Du eigentlich die Situation der PKK aktuell ein?

Die Lage der PKK ist nach meinem Eindruck äußerst schwierig. Die Türkei rückt keinen Millimeter von ihrer Kriegsführung gegen die PKK-Guerilla ab. Im Gegenteil. Sie schiebt ihre Truppen immer weiter in den Süden Kurdistans vor und verfolgt weiter ihr altes und offen propagiertes Kriegsziel, die Guerilla vollständig zu vernichten.

Während Abdullah Öcalan in dieser Lage auf der einen Seite von der Demokratisierung der Türkei redet, ist auf der anderen Seite in der PKK-Guerilla der Avantgardeanspruch für ein gesamtes freies Kurdistan offensichtlich immer noch vorhanden. Hinzu kommt: Eine Guerilla, die keinen Krieg führt, hat auf Dauer keine Existenzberechtigung.

Das ist auch der Hintergrund für die gegenwärtigen Konflikte zwischen PKK und PUK. Um es deutlich zu sagen, die PKK führt Krieg gegen die PUK, um ihre eigenen Einheiten zusammen zu halten und die Existenzberechtigung ihrer Guerilla in diesem Teil Kurdistans zu sichern. Viele erwarten deshalb für das Frühjahr einen neuen Angriff der PKK auf die PUK.

Es gibt aber weitere Probleme in der PKK-Guerilla. Ein nicht unerheblicher Teil der PKK-Guerilla will, wie ich in Südkurdistan in vielen Gesprächen erfahren konnte, keinen Krieg gegen die PUK. Das hängt unter anderem mit der langjährigen Solidarität der kurdischen Bevölkerung in diesem Gebiet mit der

PKK zusammen. Die PKK-Guerilla wird so praktisch nur noch zusammengehalten durch den Willen der PKK-Führung, die Guerilla als einen militärischen Faktor und damit auch ihre eigene Machtposition zu erhalten.

Die PUK zeigt sich an einer friedlichen Lösung interessiert und verhandelt gegenwärtig mit dem Iran über einen möglichen Rückzug der PKK-Guerilla. Ob der Iran aber ernstlich Interesse hat, mehrere tausend PKK-Guerillas aufzunehmen, wage ich doch sehr zu bezweifeln.

Sollten die PUK und die KDP jetzt Frieden schließen, hätte die PKK es bei einem Konflikt auf jeden Fall mit beiden Parteien gemeinsam zu tun. Die PKK würde dann viele ihrer KämpferInnen opfern, wenn sie die PUK dennoch angreifen sollte. Allein bei dem letzten PKK-Angriff kamen auf beiden Seiten jeweils etwa 300 Menschen ums Leben.

Auch auf der Seite der PUK ist die Situation kompliziert. Viele Menschen, die auf Seiten der PUK sind, wollen nicht gegen die PKK kämpfen. Die PKK-Guerilla hat bei diesen Menschen von ihrem früheren Kampf gegen die türkische Armee her noch immer einen guten Ruf. Diese Menschen erinnern sich genau, dass die PKK-Guerilla einmal ein Hoffnungsfaktor für die gesamte kurdische Bevölkerung war. Deshalb wollen sie jetzt keinen Krieg gegen sie und hoffen, dass die PKK in den Bergen bleibt. Aber irgendwie scheint mir das keine Dauerlösung.

Seid ihr in Südkurdistan auch mit den PKK-Dissidenten zusammengetroffen, deretwegen ihr im letzten Sommer euren offenen Brief an den PKK-Präsidialrat geschrieben hattet?

Ja, wir haben diese Oppositionellen getroffen. Unsere Sorgen und Befürchtungen vom letzten Sommer wurden leider in allen Punkten bestätigt.

Das betrifft auch die Punkte, dass es auf dem 7. Parteitag zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen ist, dass die Imrali-Linie von Öcalan damals auch von Teilen der Parteiführung nicht getragen wurde, dass es auf dem Parteitag deshalb zu Verhaftungen kam, dass insbesondere auch mehrere kritische Frauen auf dem Parteitag verhaftet wurden.

Es hat sich bestätigt, dass innerparteiliche Kritik mit Repressionen geahndet wird. Es stimmt, dass auf dem 7. Parteitag der PKK die Todesstrafe abgeschafft wurde. Aber das gilt nicht für die Guerilla. Das Kriegsrecht gilt für diese weiter.

Wir haben gehört, dass etwa 4 Leute der ca. 30 Dissidenten, die sich jetzt im PUK-Gebiet aufhalten, zur PKK zurückgekehrt sind. Allerdings ist unklar geblieben, unter welchen Bedingungen sie zurückgekehrt sind.

Die Dissidenten, mit denen wir gesprochen haben, wollen weiter für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden

kämpfen. Irgendwelche Pläne, eine eigene Partei zu bilden, lehnen sie aber völlig ab. Diesen Menschen droht weiterhin große Gefahr, einerseits durch das türkische Militär und andererseits von der PKK. Man müsste einen Weg finden, wie sie aus Süd-Kurdistan heraus kommen. Faktisch sitzen sie derzeit in einem großen Gefängnis. Sie können im Augenblick nirgendwohin.

Eigentlich müsste dieses Problem von Europa gelöst werden, noch besser von der BRD, die schließlich jahrelang Waffen an die Türkei geliefert hat und deshalb für die Kurdenverfolgung maßgeblich mitverantwortlich ist.

Man müsste ein europäisches Land finden, das ihnen Asyl gewährt.

Abschließend: Der PKK-Präsidialrat hat sich nach ihrer Einladung vom letzten Sommer, wir sollten doch in ihre Lager kommen und uns selbst ein Bild machen, nicht mehr gerührt. Die damalige Einladung sollte wohl nur die Öffentlichkeit täuschen. In Wirklichkeit haben sie kein Interesse an unserem Besuch gehabt.

Wir haben uns kurz vor unserer Abreise nach Südkurdistan noch einmal an die hiesigen Kontaktstellen gewandt, ihnen unsere Reise angekündigt und unsere Gesprächsbereitschaft wiederholt. Darauf erfolgte keine Antwort.

Wobei ich schon sagen will, in Südkurdistan wäre wegen der Quasi-Kriegssituation zwischen PKK und PUK ein solcher Besuch auch kaum möglich gewesen. Aber auch hier in Europa hat es seit unserem „offenen Brief“ keinen ernsthaften Gesprächsversuch mehr gegeben.

Du warst in Halabjah, wie ist die Situation dort?

Für mich war es sehr wichtig, nach Halabjah zu fahren, schon weil bekanntlich die deutsche Industrie die Giftgase für diesen Angriff, der über 5.000 Menschen das Leben kostete, mit zu verantworten hat.

Viele Menschen sind nach Halabjah zurückgekehrt, die Zerstörungen sind unübersehbar in diesem Ort. Im Krankenhaus erfuhren wir von den Ärzten, dass die Folgen für die gesundheitliche Situation katastrophal sind. Die Rate der Krebserkrankungen, Leukämie, Allergien und andere Atemerkrankungen sind extrem hoch. In der jüngeren Generation gebären die Frauen Kinder ohne Köpfe, Fehl- und Totgeburten liegen weit über dem Landesdurchschnitt.

Bis heute wurden keine Bodenuntersuchungen gemacht, offensichtlich hält hier auch die Weltgesundheitsorganisation die Hand drauf. Während Jahre nach dem Giftgasangriff noch immer nichts getan wurde in dieser Region, wird inzwischen ohne Kontrollen angebautes Obst und Gemüse wieder konsumiert. Das Grundwasser, das aus 6 bis 8 Meter Tiefe gefördert wurde, wird ebenfalls oh-

ne Kontrolle getrunken. Die Menschen in Halabjah haben das Gefühl, die Welt hat sie vergessen.

Vor etwa einem Jahr habe ich deshalb im Bundestag mit der PDS-Fraktion einen Antrag eingereicht. Darin fordern wir vom Bundestag, den irakischen Giftgasangriff auf Halabja als Völkermord einzustufen. Von der Bundesregierung verlangen wir, angesichts der Mitverantwortung deutscher Firmen und indirekt auch der damaligen deutschen Regierung an dem irakischen Angriff, weitere humanitäre Hilfen für die Überlebenden zu leisten und die deutschen Firmen, die Giftgaslieferanten, zur Entschädigung aufzufordern.

Dieser Antrag wird jetzt am 16. März im Bundestag abgestimmt. Dieser 16. März ist der 13. Jahrestag des Giftgasangriffs auf Halabjah.

Seit Monaten und Jahren ist das Thema Kurdistan, politische Lösung der sog. „kurdischen Frage“, Selbstbestimmung, kulturelle Rechte usw. in Bonn bzw. Berlin scheinbar Tabu – Kontinuität von Kinkel zu Fischer?

Es ist leider nur zu wahr, dass die Politik von Kinkel zu Fischer eine Kontinuität der Ignoranz und des Schweigens gegenüber einer Lösung der kurdischen Frage insgesamt zeigt.

Durch die Reise habe ich eines gelernt, die Probleme des kurdischen Volkes bzw. in der kurdischen Region Syrien, Iran, Türkei und Irak müssen insgesamt gesehen werden. Würde Europa das Selbstbestimmungsrecht der Kurden in der Türkei verstärkt fordern und Deutschland seine Kriegsunterstützung durch die Waffenlieferungen an die Türkei konsequent beenden und mehr Druckmittel einsetzen, dann hätte das Auswirkungen auf die gesamte Situation der Kurden im Mittleren Osten.

Würde die internationale Gemeinschaft die Verbrechen Saddams Husseins am kurdischen Volk (Vertreibung, Ermordung hunderttausender Menschen) öffentlich thematisieren und zur eigenen Mitverantwortung an der immer noch ungelösten kurdischen Frage stehen, wäre viel erreicht.

Eine wichtige Aufgabe der Linken hier und sonstwo ist deshalb, den Druck für eine demokratische und politische Lösung der kurdischen Frage zu verstärken.

Das Hauptproblem der Kurden, egal in welchem dieser Länder, sind die westlichen Länder, die wiederum ihre Marionetten wie die Türkei benutzen, um ihre ökonomischen Ziele, Krieg für Öl, zu erreichen.

Für die Kurden in Kurdistan ist jedenfalls sicher, dass die Grenzländer (Irak und Türkei) und die internationale Unterstützung dieser beiden Regime ihrem friedlichen Leben und ihrer Freiheit im Wege stehen.

Das Interview führte Thomas Klein, Berlin, 8.2.2001

G36 – Rot-Grüne Beihilfe zum Völkermord?

von Jürgen Grässlin

„In a world of compromise some don't“
Werbeslogan der Waffenschmiede Heckler & Koch

Handfeuerwaffen sind Prestigeobjekte von Rüstungsbossen, Militärs und Verteidigungspolitikern. Mehr als das aber sind sie das gebräuchlichste Mittel der Kriegsführung. Handfeuerwaffen – neben Landminen – sind „konventionelle“ Waffen und fordern dennoch weitaus mehr Tote als diejenigen Waffen, die gemeinhin als Massenvernichtungswaffen gelten. Kein bundesdeutscher Regierungsvertreter – gleich welcher parteipolitischen Couleur – hat es bislang gewagt, ein Export- ge-



schweige denn ein Produktionsverbot dieser Massenvernichtungswaffen zu fordern.

Dabei ist Deutschland eines wenigen Länder, deren Gewehre über Direktexporte und Lizenzvergaben das Morden rund um den Globus ermöglichen. Bis heute wurden rund 10 Millionen G3-Gewehre produziert, exportiert und eingesetzt. Inzwischen hat die Oberndorfer Waffenschmiede Heckler & Koch die Bundeswehr mit dem Nachfolgemodell G36 ausgerüstet.

Opfer der Rot-Grünen Rüstungsexportpolitik?

Sollte die jetzige Bundesregierung wie ihre Vorgänger verfahren, droht die Fortsetzung der tödlichen „Erfolgsstory“ aus Oberndorf – und das Massenmorden mit deutschen Handfeuerwaffen geht in die nächste Runde. Der erste Schritt ist bereits getan: Mit Zustimmung des Bundessicherheitsrats erhält das türkische Militär im Jahr 2001 eine Munitionsfabrik – optimal geeignet zur Fortsetzung des Bürgerkriegs in Kurdistan. Wann folgen die ersten G36-Gewehre? Mit welchen Argumenten will man Gewehrexporte versagen, wenn man zuvor die entsprechende Munitionsfabrik geliefert hat?

Der folgende Beitrag ist ein Plädoyer für eine dringend notwendige Kampagne gegen die Fortsetzung staatlich legitimer Rüstungstransfers.

Die G3-Story – Weltmeister aus Oberndorf

Am 28. Dezember 1949 wurde das Unternehmen Heckler & Koch in Oberndorf am Neckar gegründet. Noch in den 50er Jahren entwickelten die Waffentechniker die neue Standardwaffe für die Bundeswehr – das Schnellfeuergewehr G3. Die 60er Jahre waren geprägt von der Ausrüstung der deutschen Streitkräfte und dem Ausbau eigener Produktionskapazitäten. Die H&K-Waffen „familie“ wurde um die Maschinenpistole MP5 ergänzt.

Gerade die Serienfertigung des G3 entpuppte sich als wahre Goldgrube. Nach der Ausrüstung der deutschen Streitkräfte mit der „Braut des Soldaten“, so die makabre Bezeichnung für das Gewehr aus Oberndorf, erschloss die H&K-Geschäftsführung neue Absatzmärkte. Dabei profitierten die schwäbischen High-Tech-Produzenten von der Tatsache, dass der Verkauf angesichts von weltweit mehr als 350 Kriegen und Bürgerkriegen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts boomte. In nur wenigen Jahren avancierte das schwäbische Unternehmen zum größten deutschen Hersteller von Handfeuerwaffen. Kaum eine kriegerische Auseinandersetzung fand und findet ohne den mörderischen Einsatz der H&K-Handfeuerwaffen statt.

Gemessen an der Zahl der Empfängerländer ist Heckler & Koch bis heute unangefochtener deutscher Rüstungsexportmeister. Auf Bundestagsfragen sah sich Willy Wimmer, früherer Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, zum Eingeständnis gezwungen, dass für G3-Gewehre „bis 1988 für über 80 Länder Ausfuhrgenehmigungen erteilt“ wurden. Während die

Bundesregierung unter Helmut Kohl gebetsmühlenartig die Leier einer „restriktiven Rüstungsexportpolitik“ wiederholte, erteilte sich H&K zugleich einen Freilieferschein für Waffenexporte an nahezu alle Scheindemokratien und Diktaturen.



Folgeschwerer noch als die Direktexporte aus Oberndorf haben sich die Lizenzvergaben ausgewirkt. Nach 1961 genehmigten die Bundesregierungen (bei wechselnder parteipolitischer Besetzung) die Vergabe der Nachbaurechte und den Verkauf entsprechenden Know-hows an die Lizenznehmer im Ausland: So sind G3-Lizenzen 1961 an Portugal, 1963 an Pakistan, 1964 an Schweden, 1967 an Norwegen, den Iran und die Türkei, 1969 an Saudi-Arabien, 1970 an Großbritannien und Frankreich, 1971 an Thailand, 1977 an Griechenland, 1979 an Mexiko und 1981 an Burma vergeben worden.

Wiederholt erfolgte die Lizenzvergabe sogar auf Betreiben der Regierung. Längst ist der Interessenverband Heckler & Koch & Bundesregierungen zum Weltmeister der Lizenzvergaben im Handfeuerwaffenbereich aufgestiegen: Über 20 Nachbaurechte für H&K-Waffen sind bislang vergeben worden – mehr als bei der russischen Kalaschnikow oder der US-amerikanischen M16.

G3-Gewehre sowie MP5-Maschinenpistolen werden in den Fabrikationsstätten in Lateinamerika, im Nahen Osten oder in Südostasien produziert. Bis heu-

te zählt das G3 – von dem insgesamt zwischen 7 und 10 Millionen Exemplare zu meist in Lizenz gefertigt worden sind – neben der Kalaschnikow AK47, der M16, der israelischen Uzi und der belgischen FN FAL zu den meist eingesetzten Gewehren auf den Schlachtfeldern in aller Welt.

Die Folgen sind katastrophal: Abgesehen von wenigen Regionen – der Arktis, der Antarktis, den Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts und China – finden sich Heckler&Koch-Gewehre im mörderischen Dauerfeuer. Bis zum heutigen Tag sind Hunderttausende von Menschen von H&K-Waffen getötet worden – mehr Menschen, als Oberndorf seit seiner Stadtgründung im Jahre 1251 insgesamt an Einwohnern gehabt hat.

In Oberndorf am Neckar werden diese Fakten bis heute verdrängt, nur allzu gern verschaut man sich hinter einer Mauer des Schweigens. Bei den vereinzelten Gesprächen, die im Laufe der Jahre zwischen Friedensbewegten und Firmenvertretern stattgefunden haben, konnte keinerlei Konsens herbeigeführt werden. Für die H&K-Repräsentanten gilt die immerdar propagierte Schutzbehauptung: „Alles läuft ausschließlich über die Bundesregierung!“ Tatsächlich steht vereinzelt illegalen Exporten eine weit überwiegende Zahl legaler Waffenausfuhren gegenüber. Moralisch mitschuldig sind sie dennoch alle: Die Oberndorfer Profiteure der Kriege und die politischen Entscheidungsträger der vergangenen Jahrzehnte. An ihren Händen klebt das Blut der Opfer ihrer Geschäftspolitik.

Dreißig Jahre nach seiner Einführung war der G3-Markt gesättigt, die Schnellfeuerwewehe entsprochen längst nicht mehr den High-Tech-Ansprüchen der NATO-Kampftruppen. Als die Bundesregierung den bereits erteilten Großauftrag für das neu entwickelte G11-Gewehr stornierte, stand Heckler & Koch vor dem Konkurs. (1) Rückwirkend zum 1. Januar 1991 wurde H&K zu hundert Prozent von Royal Ordnance übernommen, einem Tochterunternehmen des größten europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns British Aerospace. RO befand sich bereits im Besitz einer G3-Lizenz. (2) Die Zielsetzung der Londoner Geschäftsführung war eindeutig: H&K sollte über eine weitere Waffenentwicklungen wieder in die Spitzengruppe der Handfeuerwaffenfirmen geführt und erneut zu einem hoch profitablen Unternehmen gemacht werden.

Fortgesetzter Völkermord mit deutschen Waffen?

Am 8. Mai 1995 erteilte der General der Heeresrüstung die Einföhrungsgenehmigung für das Heckler&Koch-Gewehr HK50, im Bundeswehrjargon G36 genannt. Nur sechzehn Monate später (September 1996) wurde das erste Fertigungslos des G3-Nachfolgers an die Krisenreaktionskräfte ausgeliefert. Zuvor

musste die Güteprüfstelle der Bundeswehr per Abnahmebeschluss bestätigen, dass die mittlere Treffpunkt auf hundert Meter in einem 12 Zentimeter umfassenden Kreis liegt. Die Streuung darf 20 Zentimeter nicht überschreiten, ansonsten würden die „Weichziele“ – so die bei Militärs übliche Bezeichnung für Menschen – zu selten getroffen werden.

Gegenüber dem überalterten G3 mit seinem 7,62 mm x 51 Kaliber verspricht das G36 nicht nur eine erhöhte Trefferquote, sondern auch die Erfüllung der Kriterien zur Teilnahme an allen Out-of-area-Kampfeinsätzen der NATO. Seit Jahren verwenden verschiedene Mitglieds- bzw. assoziierte Staaten im Bereich der Handfeuerwaffen das NATO-Kaliber 5,56 mm x 45: Großbritannien beim SA80, Belgien beim FNC und Frankreich beim FAMAS.

Zur eigentlichen Neuorientierung im Munitionsbereich kam es aufgrund der Marktauseinandersetzung mit der US-amerikanischen Firma Colt, deren M16 das US-Militär verwendet. Die 5,56 mm-Munition ist halb so schwer wie die des G3 und weist einen um 50 Prozent geringeren Patronenimpuls auf. Die H&K-Techniker erkannten, dass ihr Unternehmen nur dann auf dem internationalen Waffenmarkt bestehen kann, wenn sie sich der US-Norm anpassen: Kein Wunder also, dass das G36 bei einer um rund 50 Prozent erhöhten Feuerkraft aufgrund des leichten und zugleich hitzeresistenten Kunststoffs sowie der neuen 5,56 mm-Munition immer noch über ein Kilo leichter als das G3 ist – auf dem Schlachtfeld ein entscheidender Vorteil in Sachen Beweglichkeit und Nachschub.

Mit dem G36, zu einem Stückpreis von 1200 DM 170.000 mal für das bundesdeutsche Heer geordert (3), verfügt H&K über einen Gewehrtyp, der wie sein Vorgängermodell zum Global Seller werden soll. Die Rahmenbedingungen dafür scheinen – dank einer weiterhin hemmungslos praktizierten Rüstungsexportpolitik – bestens. Und alles spricht dafür, dass die Türkei einer der ersten Abnehmer sein wird.

Munition für das türkische Militär

Vor Jahren behauptete Ursula Seiler-Albring, damalige Staatsministerin im auswärtigen Amt: „Die Bundesregierung hat sich von der türkischen Regierung wiederholt ausdrücklich versichern lassen, dass deutsche Waffen vertragsgemäß nicht im Rahmen der Terrorismusbekämpfung (gemeint waren Kurden, Anm. des Verf.) verwendet werden.“ Wie falsch derlei Aussagen sind, weiß jeder, der den Einsatz türkischer Kampfeinheiten – auch gegen Zivilisten – in der Vergangenheit verfolgt hat. Seit Jahrzehnten setzen türkische Militäreinheiten bei ihren Vernichtungsaktionen gegen Kurdinnen und Kurden H&K-Waffen „Made in Turkey“ ein: Die Lizenzvergabe der H&K-Maschinenpistole MP 5 an die Türkei erfolgte 1983, die des Schnellfeuergewehrs

G3 bereits 1967. Seither hat der Lizenznehmer Makina ve Kimya Endustrisi Kurumu (MKEK) aus Ankara pro Jahr bis zu 40.000 G3-Gewehre gefertigt – genug um das Oberndorfer G3 zur Standardwaffe der türkischen Streitkräfte werden zu lassen.

Rechtlich wäre die Rücknahme der Handfeuerwaffenlizenz möglich. Doch noch nie hat irgendeine Bundesregierung eine vergebene G3-Lizenz zurückgezogen. Warum sollte sie auch? Bislang lagen Lizenzvergaben immer im „vitalen Interesse“ der deutschen Christ- & Sozialdemokraten.

Wo die Rot-grüne Bundesregierung steht, hat sie im Sommer mit der Mehrheitsabstimmung im geheim tagenden Bundessicherheitsrat zur Lieferung einer Munitionsfabrik in die Türkei gezeigt: Die Fritz Werner Industrieausrüstungen GmbH im hessischen Geisenheim, ein Tochterunternehmen von Ferrostaal, erhielt die Genehmigung, im Jahr 2001 gemeinsam mit französischen und belgischen Partnern eine Munitionsfabrik für das NATO-Kaliber 5,56 mm zu errichten.

Man mag sich über die Auswirkungen der Exporte von Leopard II-Panzern an Schweden oder die Schweiz streiten können. Im Fall des Aufbaus einer Munitionsfabrik in der Türkei sind die Folgen offensichtlich: Rot-Grün leistet Unterstützung beim Völkermord in Kurdistan. Jegliche Versprechungen eines Gerhard Schröder, Rudolf Scharping oder Joschka Fischer bezüglich einer menschenrechtsorientierten Außenpolitik platzen als verbale Seifenblasen. Und die neu beschlossenen Politischen Grundsätze der Bundesregierung zum Rüstungsexport vom Januar 2000 entpuppen sich als Barbiturat zur Ruhigstellung einer kritischen Öffentlichkeit. Dort heißt es: „Der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland wird bei den Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigegeben.“

Während man nach außen Humanität propagiert und mit diesem Argument den Kampfeinsatz der Bundeswehr in Serbien legitimiert, wird in vertraulicher Sitzung Beihilfe zum Morden geleistet.

Völkermordanzeige wegen Rüstungsexporten

Am 26. Februar 1993 stellten eine Reihe von Friedens- und Menschenrechtsorganisationen „Strafanzeige wegen Unterstützung des Völkermordes und Aggressionskrieges der Türkischen Republik gegen das kurdische Volk durch bundesdeutsche staatliche Stellen, Rüstungsbetriebe und Einzelpersonen“. Angelika Beer, damals Bundesvorstandsmitglied der Grünen, begründete ihre Beteiligung an der Strafanzeige damit, dass sich der türkische Staat die „Endlösung der Kurdenfrage“ versuche. Zu Recht kritisierte die Grünen-Politikerin damals: „Trotz des nachgewiesenen Einsatzes deutscher

Waffen gegen die kurdische Bevölkerung läuft der tödliche Waffenhandel zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei weiter. Die deutsche Wirtschaft ist bereit immer wieder aufs Neue zu beweisen, dass sie zugunsten des eigenen Profits in Kauf nimmt, über Leichen zu gehen.“ Weiter beklagte Angelika Beer, mittlerweile Obfrau von Bündnis 90/Die Grünen im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags: „Mitten in Europa herrscht Krieg – doch niemand sieht hin.“ (4) Heute müssen wir feststellen: Noch immer herrscht Krieg mitten in Europa und Rot-Grün geht – mit der Zustimmung zum Export der Munitionsfabrik – über Leichen.

Das 5,56 mm-Kaliber der Munitionsfabrik von Fritz Werner ist auch für das neue G36 geeignet. Was liegt näher, als sich an die G3-„Erfolgs“story zu erinnern: Der Bewaffnung der Bundeswehr folgten die Direktexporte und Lizenzvergaben in alle Welt. Wollen wir verhindern, dass auch das G36 zum weltweiten Verkaufsschlager wird und erneut Hunderttausende von Opfern zu beklagen sind, müssen wir jetzt eine breit angelegte Kampagne gegen G36-Direktexporte und –lizenzvergaben initiieren.

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK); Sprecher der Kritischen AktionärInnen DaimlerChrysler (KADC) und Mitglied im Vorstand des Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg e.V.

(1) Kersten, Manfred und Walter Schmid: Hecker & Koch. Die offizielle Geschichte der Oberndorfer Firma Heckler & Koch. Verlag Udo Weispfennig, Wuppertal 1999, S. 29.

(2) Ebd., S. 33.

(3) SZ 21.08.97.

(4) Kersten/Schmid, ebd. S. 5.

Rezension

Jenseits von Glatze und Springerstiefel: „Ehre, Freiheit, Vaterland“

„Wir wollen auch weiterhin national gesinnte Menschen in alle führenden Berufe unserer Gesellschaft entsenden“ (Manfred Kanther)*

Antifaschistinnen und Antifaschisten konzentrieren ihre Aufmerksamkeit auf die militante Neonaziszene und deren legalen Arm in den Varianten NPD, DVU und Reps. Derweil vollzieht sich an den Universitäten und Hochschulen fast unbemerkt ein Wiedererstarken der Korporationen, mit ihren Werten, Vaterland, Tradition, Wehrhaftigkeit und ihren Ver-

bindungen über die „alten Herren“ in die Spitzen der Gesellschaft. Dies geht einher mit der propagierten Eliteuniversität und den geforderten Studienbeschränkungen.

Eine wichtige Neuerscheinung ist deshalb die Studie einer Hamburger AutorInnengruppe, die nicht nur Geschichte und Gegenwart der studentischen Verbindungen in Hamburg untersucht, sondern auch die braune Karrieren der „Alten Herren“ und die Verstrickungen mit dem Neofaschismus exemplarisch darstellt.

Die AutorInnen haben auf der Grundlage der vorliegenden Literatur und nach Auswertung umfangreicher Archivalien die Kontinuitätslinien völkischer Organisationsstrukturen seit der Gründung der Hamburger Universität 1919 bis zur Gegenwart nachgezeichnet. Dies beginnt mit dem antisemitischen Gründungskonsens der „Vertreterschaft der Hamburger Korporationen“ (1919) und mündet in die aktuellen rechtsextremistischen Aktivitäten im Umfeld der Hamburger „Burschenschaft Germania“.

Die Gegnerschaft der Korporierten zur parlamentarischen Demokratie und zur Republik zeigte sich während der Weimarer Zeit in ihrer aktiven Teilnahme an den konterrevolutionären Umtrieben. Sie stellten ein wichtiges Rekrutierungspotential der Freikorps dar, ihre Beteiligung am Kapp-Putsch und an der blutigen Unterdrückung republikanischer Gegenwehr, vor allem aus der Hamburger Arbeiterschaft, war eine Sache ihrer Ehre.

Ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchung ist das Wechselspiel von Zusammenarbeit und Konflikt zwischen Burschenschaftlern und Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) bei der Faschisierung der Hamburger Studierenden spätestens seit 1931 mit der Übernahme des AstA-Vorsitzes und der Kooperation im Hochschulpolitischen Ausschuss.

Exemplarisch ein Fall aus dem Jahr 1931. Ein jüdischer Student wird im Studentenhaus beleidigt und geschlagen. Eine Beschwerde beim Rektor hat seine disziplinarische Bestrafung durch die Universitätsverwaltung zur Folge.

In den Jahren nach 1933 und während des Krieges fand eine durchgreifende Politisierung und Militarisierung des studentischen Lebens, anfangs unter der Dominanz des NSDStB, statt. Für die Zeit gegen Kriegsende konstatieren die AutorInnen ein, vor allem durch den Einfluss der „Alten Herren“ verursachtes, Wiederaufleben der Korporationsstrukturen.

Unter den restaurativen Bedingungen der Nachkriegszeit konnten die korporativen Verbindungen ihre Positionen weiter ausbauen. Sie waren Multiplikator und zugleich Motor des nationalistischen, revanchistischen und militaristischen Geistes der Zeit von Remilitarisierung und NATO-Beitritt in der damali-

gen BRD. Ende 1951 war von den Studierenden, die in entsprechenden Verbänden organisiert waren, jeder Dritte Korporierter. Die grammatisch feminine Form ist in dem Fall überflüssig, weil hier tatsächlich nur von Männern die Rede ist. Auch heute noch sind die meisten studentischen Korporationen reine Männerbünde. Nicht 1880, sondern 1980 war in den „Burschenschaftlichen Blättern“ zu lesen: „Unser Burschenbrauchtum ist immer auf die männliche Gruppe abgestimmt. Die menschliche Weltordnung ist auf das Männliche ausgerichtet.“ (zitiert nach S. 49)

Zur Besonderheit der Hamburgischen Universität gehört es, dass bereits sehr früh demokratischen und linke Organisationen die Dominanz errangen. Dies betrifft für die fünfziger und erste Hälfte der sechziger Jahre vor allem den SDS und im Ergebnis der Studentenbewegung linke Gruppen, wie MSB, SHB und verschiedene K-Gruppen. Über lange Zeit aus dem Blickfeld gerückt, konnten die Korporationen sich in den neunziger Jahren wieder revitalisieren und im Zuge der neuen „nationalen Herrlichkeit“ auch unverfroren öffentlich präsentieren. Für die hier besprochenen Untersuchungen war es deshalb höchste Zeit.

Besonders wichtig ist, unter dem Gesichtspunkt aktueller politischer Auseinandersetzung, das Kapitel zu „Elitedünkel und Vetternwirtschaft in den Korporationen“. Kennzeichnend ist für diesen Zusammenhang eine Feststellung aus der Zeitschrift „Capital“: „Wer in einer Studentenverbindung ist, hat für die Zukunft ausgesorgt – fährt wie von einem Turbo-Lader beschleunigt der Karriere entgegen.“ (zitiert nach S. 185). Die fragmentarische Aufzählung aktiver „Alter Herren“ in Hamburg ließt sich deshalb auch wie ein „Who is who“ der dortigen Elite. Die Liste der Richter, Professoren, Chefärzte und Bundeswehrgeneräle offenbart eine Herrschaftsschicht, die sich „Ehre, Freiheit und Vaterland“ verpflichtet fühlt, wobei Vaterland in unheilvoller Kontinuität volkstumsbezogen oder völkisch definiert bleibt.

Um so mehr ist zu wünschen, dass das vorliegende Buch mehr als nur anregende historische und soziologische Lektüre bietet. Denn wie heißt es im Vorwort: „Ein reflektierter Antifaschismus arbeitet langfristig präventiv...“, deshalb soll das Buch „lokal wie regional dazu anregen, den Kampf gegen jene unheilvolle Verbindung von Schlips und Stiefel aufzunehmen, die sich bislang nur punktuell abzuzeichnen scheint.“ (S. 9)

–gg–, Elmschörner Gegensätze
* Kanther, Alter Herr des Studentencorps Guesstphalia et Suevoborussia, Geldwäscher und Bundesinnenminister a.D., zitiert nach S. 183

A. Beyer / J. Knigge / L. Koch / R. Kocher, F. Krebs, I. Meyer u.a. „... und er muss deutsch sein.“ Geschichte und Gegenwart der studentischen Verbindungen in Hamburg. VSA-Verlag Hamburg 2000. ISBN 3-87975-775-5

24. Februar, Fulda: Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Kapitel 13, 14 und 15: Staat, Staatshaushalt, Fiskalpolitik, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

2. März, Duisburg: Hauptversammlung der ThyssenKrupp AG, Mercatorhalle, Kritische Aktionäre protestieren gegen Rüstungsproduktion und Arbeitsplatzvernichtung. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024, E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischeaktionae.de>

16.-18. März, Berlin: Gewerkschaftstag der ÖTV

18.-21. März, Berlin: Gründungskongress ver.di

18. März 2001: Kommunalwahlen in Hessen

24. März, Kassel: Mitgliederversammlung des BdWi, Uni/Gesamthochschule Kassel. Kontakt: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Postfach 543, Gisselberger Str. 7, 35037 Marburg, Tel.: 06421/21395, Fax: 06421/24654, E-Mail: bdwi@bdwi.org, Internet: www.bdwi.org

25. März: Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

7./8. April, Fulda: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Fulda, DGB-Jugendbildungsstätte

11. April, Berlin: Hauptversammlung der DaimlerChrysler AG [<http://www.DaimlerChrysler.de>], ICC, Kritische Aktionäre protestieren gegen Rüstungsproduktion und Ermordung von Gewerkschaftern, Kontakt Kritische Aktionäre DaimlerChrysler, Paul Russmann: 0711/608396. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: www.kritischeaktionae.de

14. bis 16. April, bundesweit: Ostermarsch - Demonstrationen und andere Aktionen

26. April, Ludwigshafen: Hauptversammlung der BASF AG, Kritische Aktionäre protestieren gegen Gentechnik, Umweltverschmutzung und Arbeitsplatzvernichtung, Kontakt vor Ort: 06457/89041. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischeaktionae.de>

27. April, Köln: Hauptversammlung der Bayer AG, Messe, Kritische Aktionäre protestieren gegen Gentechnik, Umweltverschmutzung, etc., Kontakt: Koordination gegen Bayer Gefahren, Tel.: 0211/333911, e-mail: cbgnet-work@aol.com. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024, E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com, Internet: www.kritischeaktionae.de

4.-6. Mai, Düsseldorf: Bundesparteitag der FDP

5.-9. Mai, Lübeck: 24.o. Gewerkschaftstag der GEW

8. bis 10. Mai, Leipzig: Deutscher Städtetag, Hauptversammlung

19. Mai, Fulda: Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Kapitel 16, 17 und 18: Geld, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

24.-27. Mai, Erlangen: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“, Schwerpunktthemen: Menschenrechte, Technologiefolgen, Gesundheitspolitik, Vorträge/Workshops u.a. zu: „Medizin zwischen den Fronten. Ethische Dilemmata der hum. Hilfe“; Kinderstreben in Bagdad - Embargo und Gesundheit“; Uran im Kosovo - NATO-Einsatzstrahler Munition“, „Handlager für das Militär - Verträge von Kliniken und Bundeswehr“, ...; Kongress-Büro: Fichtenstr. 39, 91054 Erlangen, Tel.: 09131/816830, Fax: 09131/816831, e-mail: medigew@aol.com, <http://www.medizinundgewissen.de> (Mo-Do 9.30-12 Uhr). Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166, E-Mail: ipnwnw@ipnwnw.de Internet: <http://www.ipnwnw.de>

8. Bildungspolitischen Konferenz der PDS
31. März / 1. April 2001
Neues Rathaus Leipzig



Chancengleichheit ohne Wenn und Aber – Grundfrage linker (Bildungs-)Politik heute und morgen

Die Ungleichheit der Bildungschancen ist heute in der Bundesrepublik eine Realität - entgegen allen anders lautenden Verkündigungen. Welche Möglichkeiten bestehen, auf den verschiedenen Feldern des Bildungswesens heute für Chancengleichheit zu kämpfen - in Kita, Grundschule und Schule, Berufs- und Weiterbildung? Und mit wem? Mit Initiativen, Eltern, Schülern, Gewerkschaften, Wissenschaftlern? Wie ist das verknüpft mit Alternativen zur Steuer- und Finanzpolitik, mit der Demokratisierung und Kommunalisierung des Bildungswesens? Was tun, angesichts wachsendem Rechtsradikalismus, dem Rassismus der „Mitte der Gesellschaft“ und einer Elitevergötzung, die sämtlich auf Selektion und Ausgrenzung beruhen? Genügt als linke Forderung der Ruf nach kostenloser Kita, einer Schule für alle Kinder, jedem Schüler seinen Laptop und Berufsausbildungsumlage? Was sagt die PDS? Wir versuchen, linke Antworten zu geben. Über die Probleme wollen wir auf dieser Konferenz diskutieren, wozu wir alle Betroffenen einladen. Gleichzeitig soll die Konferenz der Auftakt zu einer bildungspolitischen Kampagne der PDS gegen die Ungleichheit im Bildungswesen werden.

31. März

10.00 Uhr
10.30-11.30 Uhr
11.45-12.12 Uhr
15.15-19.00 Uhr

Eröffnung und Grußworte
Referat zum Konferenzthema
Schul- und Bildungspolitische Positionen der GEW.
Impulsreferate und anschließende Aussprache:
• Chancengleichheit heute kein Thema mehr? • Bildung ist Zukunft • Chancengleichheit und Bedingungen für ihre Verwirklichung im Land Sachsen •

Aufgaben und Möglichkeiten der Grundschule zur Verwirklichung von Chancengleichheit

1. April

9.30 - 12.00 Uhr

Arbeitsgruppen:

1. Zwischen Pokemon, Gameboy und Kinderarmut im reichen Land - Lebens- und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen; 2. Von Cyberpunks, Schulen als „Chaos-Computer-Clubs“ und Medienerziehung - die neue soziale Polarisierung zwischen Usern, Entwicklern und Internetlosen; 3. Rassismus, Rechtsradikalismus und die Mitte der Gesellschaft - oder: Von der politischen Bildung zwischen Kohäsion, Emanzipation und Humanität; 4. Gleichheit der Bildungschancen - am Anfang? im Ergebnis? als Chancengerechtigkeit? Utopie oder linker Programmatik unter kapitalistischen Verhältnissen? 5. Lebenslanges Lernen für alle - Schlagwort? privater Markt? Wertschöpfungsquelle? Gesellschaftliche Notwendigkeit heute; 6. Duales System am Ende? Zurichtung auf den Arbeitsmarkt oder vom Recht auf berufliche Erstausbildung und der Berufsausbildung mit Abitur; 7. PädagogInnen als Trainer für die „Wissensgesellschaft“, Animator der Kids, Moderator für Elternwünsche? Die neue Rolle der PädagogInnen im Demokratisierungsprozess. 8. Es ist genug Geld da - auch für die Bildung - aber: Steckt es in Gutscheinen, bei Sponsoren, im Bund, den Ländern und Kommunen? Alternativen in der Bildungsfinanzierung. Referenten u. Moderatoren

13.00-14.00 Uhr

Schlussplenum mit abschließender Beratung und Verabschiedung von „Forderungen der PDS zur Bekämpfung der Ungleichheit im Bildungswesen“ und des Aufrufs zu Zivilcourage und politischer Bildung „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“

Die Anmeldung zur Teilnahme an der Konferenz sollte bis spätestens 10. März erfolgen an:
PDS-Parteivorstand AG Bildungspolitik, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 24009562, Fax: 030 / 2411046, Email: gerd.budin@pds-online.de